

# liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

5.2017  
www.libmag.de

**JETZT KOSTENFREI  
ABONNIEREN**  
(siehe Seite 55)

**NACH DER WAHL**

# HABEMUS CONCILIUM

**WARUM DIE FARBVIELFALT IN DER NEUEN  
BUNDESREGIERUNG GUT FÜR DEUTSCHLAND  
WÄRE UND WELCHE THEMEN IN DEN KOMMENDEN  
VIER JAHREN AUF DER AGENDA STEHEN.**

**MIT BEITRÄGEN VON**

ULF POSCHARDT, AXEL BÖRSCH-SUPAN,  
SVEN AFHÜPPE, SUSANNE GASCHKE,  
KAREN HORN, MICHAEL ZÖLLER



# Mein Genuss. Meine Freiheit.

Lili S., 36 Jahre, Freeclimberin



„ Es gibt Menschen, die sagen, dass ich lebensmüde bin.

Aber ich liebe mein Leben und setze es nicht leichtfertig aufs Spiel. Meine Leidenschaft hat nichts mit Verantwortungslosigkeit zu tun, sondern mit meiner persönlichen Freiheit.

Es ist meine Entscheidung und die treffe ich bewusst und selbstbestimmt. Jeden Tag aufs Neue.



**REEMTSMA**

reemtsma.com

# „Politik wird bunter. Und das ist gut so.“

Schwerpunkt:  
WAS NUN,  
DEUTSCHLAND?

**E**s ist ein sehr trauriger Treppwitz der Geschichte, dass im neu gewählten Deutschen Bundestag – zumindest am Anfang – die wiedererstarkten Liberalen neben den politischen Rechtsauslegern der vermeintlichen Alternative für Deutschland (AfD) Platz nehmen müssen. Nicht nur im Auftreten und im Ton trennen die ungewollten neuen Sitznachbarn Lichtjahre. Es ist vor allem das Weltbild, das sie unterscheidet. Während die AfD dem irrwitzigen Traum eines rückwärtsgewandten, abgeschotteten und vermeintlich abschottbaren Deutschlands mit einem starken Staat und hörigen Bürgern nachhängt, werben die Freien Demokraten für die Vorzüge einer offenen Gesellschaft, freier Märkte und eines schlanken Staats.

Für Weltoffenheit gilt es auch in der neuen Regierung aktiv einzutreten und zu streiten. Noch ist wenig entschieden, die politische Agenda der kommenden vierjährigen Legislaturperiode nicht verabschiedet, die Ressorts sind nicht verteilt. Doch schon jetzt ist klar, dass die größere Farbenvielfalt in der Bundesregierung auch einen anderen Politikstil mit sich bringen wird: abwechslungsreicher und diskursiver. Und das ist gut so. Reibung an sich ist nicht schlimm, weil sie Energie freisetzt. Entscheidend wird sein, dass sich diese Energie nicht nach innen in Form von Stellungskämpfen der Koalitionspartner erschöpft, sondern zum Wohle des Landes genutzt wird. Deutschland ist in einer komfortablen Verfassung – noch. Doch bei Themen wie Bildung, Digitalisierung, Einwanderung, Infrastruktur, Pflege und Rente gibt es so unfassbar viel zu tun nach den Jahren des politischen Stillstands, dass keine weitere Zeit verstreichen darf. Was die künftige Regierung mit den neuen Mehrheiten gestalten sollte und welche Baustellen es konkret gibt, darüber berichten wir in dieser Ausgabe von *liberal*.

Der alten Kanzlerin und den neuen Ministern muss es dabei auch gelingen, viele Bürger wieder mit dem Staat zu versöhnen. Prozesse des Wandels verunsichern immer. Sie müssen daher moderiert werden. Die AfD gehört an den politischen Rand, ein großer Teil ihrer Wähler jedoch wieder in die Mitte. Das gute Abschneiden der AfD ist ein Beleg für eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft. Und längst weit mehr als das Problem „reicher Westen, armer Osten“. Auch und gerade in den Wohlstandsregionen schlechthin, Baden-Württemberg und Bayern, hat die AfD gepunktet. Gegen die Rechtspopulisten hilft nicht nur gute Wirtschaftspolitik. Die Bürger müssen das Vertrauen in den (Rechts-)Staat zurückgewinnen.



**KIRSTIN HÄRTIG,**  
CHEFREDAKTEURIN



# SCHWERPUNKT

## WAS NUN, DEUTSCHLAND?

Die Bundestagswahl 2017 ist vorüber und ihre Ergebnisse werden noch lange Zeit nachhallen. Auf jeden Fall werden sie zu einer Herausforderung für die politischen Parteien. Denn in den Verhandlungen der designierten Koalitionäre prallen nicht nur Parteiprogramme, sondern auch unterschiedliche Sichtweisen von Politik aufeinander. Wie gut wird dieses Zusammenspiel auf Dauer funktionieren? Was macht der Einzug der AfD in den Bundestag mit den etablierten Parteien? Und wie verändert der Diskurs die politische Kultur in Deutschland? *liberal* hat Experten und Journalisten dazu befragt. Ihre Antworten lesen Sie im Schwerpunkt dieser Ausgabe.

ab Seite **8**

### 10 WÜNSCH DIR WAS

Was sich bürgerliche Wähler von den Parteien und der neuen Bundesregierung erhoffen.

Von Michael Zöllner

### 16 KLARE KANTE

Das Land braucht jetzt einen Neustart und überzeugende Antworten etwa zur Digitalisierung, fordert Sven Afhüppe von der neuen Regierung.

Interview von Florian Flicke

### 20 JETZT GEHT'S LOS

Das Prinzip des kleinsten Nenners wird in der neuen Koalition nicht mehr funktionieren. Für die FDP ist das eine Chance.

Von Ulf Poschardt

### 24 BAUSTELLE BILDUNG

Schlechte Noten im PISA-Test und marode Schulen. Die Bildungspolitik in Deutschland ist eine Dauerbaustelle. Was sich nun ändern muss.

Von Susanne Gaschke

### 28 KÖPFE STATT PROGRAMME

Auf inhaltliche Aussagen allein wollte sich kaum eine Partei bei ihrem Wahlkampf verlassen. Eine Reportage in Bildern.

### 32 BITTE AUFRÄUMEN!

Die Politik hat mit ständigen Eingriffen Märkte und Preise verzerrt. Höchste Zeit, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren.

Von Karen Horn

### 36 STIMME DER VERNUNFT

Der Demografieexperte Axel Börsch-Supan findet bei den Parteien wenig überzeugende Antworten auf drängende Zukunftsfragen.

Interview von Florian Flicke

3 Editorial // 6 Kurz notiert // 41 Bücher //  
52 Wolfgang Gerhardt // 54 Kolumne



# INHALT

## 05.2017



Seite **36**

*„Die Politik sollte vor allem den ohne Frage vorhandenen Verlierern des Wandels unter die Arme greifen.“*

**DEMOGRAFIEEXPERTE**  
**AXEL BÖRSCH-SUPAN**  
**IM INTERVIEW**



Bilder, Videos oder Texte als Audiodatei – den Lesern der App-Version von *liberal* steht eine Fülle von zusätzlichem multimedialem Material zur Verfügung. Achten Sie auf das Symbol am Ende des Artikels, das diesen zusätzlichen Inhalt anzeigt. Die App in einer iPad- und Android-Version steht im iTunes Store und im Google Play Store kostenlos für Sie zum Download bereit.

### 42 **WIRTSCHAFT: DER GROSSE BLUFF**

Per Highspeed durch das Internet – das funktioniert nur in den Metropolen. Auf dem Land heißt es dagegen oft: World Wide Wait.

Von Luca Heveling

### 44 **GESELLSCHAFT: UNICODE**

An einer privaten Uni in Berlin können Studenten systematisch das Programmieren und Entwickeln von Software lernen.

Von Thomas Luther

### 48 **POLITIK: ZUWANDERUNG**

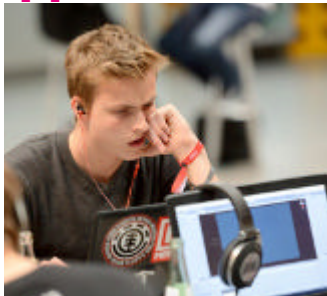
Deutschland überaltert und es mangelt an Fachkräften. Warum wir auf kluge Köpfe aus dem Ausland angewiesen sind.

Von Heinz-Josef Simons

42



44



48



**liberal** • Das Magazin für die Freiheit

**Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin**

**Herausgegeben von** Dr. Wolfgang Gerhardt, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

**Beirat:** Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

**Chefredaktion:** Kirstin Härtig

**Redaktion:** Boris Eichler, Thomas Volkmann, Annett Witte  
**Adresse:** Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin, Telefon 030/22 01 26 34, Fax 030/28 87 78 49

redaktion@libmag.de, www.libmag.de  
**Gesamtherstellung:** planet c GmbH Postfach 10 11 02, 40002 Düsseldorf Tel.: 0211/542 27-700, www.planetc.co

**Verlagsgeschäftsführung:** Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Holger Löwe

**Redaktionsleitung:** Florian Flicke

**Gestaltung:** Ernst Merheim, Andrea Goerke (Grafik), Achim Meissner (Bildredaktion),

**Projektleitung:** Jana Teimann

**Anzeigen:** Tatjana Moos (Leitung), Georgios Giavanoglou (Media Marketing), 0211/542 27-671, media@planetc.co

**Litho:** TiMe GmbH

**Druck:** Evers-Druck GmbH, 25704 Meldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

**Bezugsbedingungen:** Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

**liberal im kostenlosen Abonnement:** mehr auf Seite 55

# Ein Zeichen gegen das Erdogan-Regime

Raif Badawi Award 2017 wird an inhaftierten Ahmet Şık verliehen.



**Großes Interesse.** Viele Besucher verfolgten die Verleihung des Raif Badawi Awards auf der Frankfurter Buchmesse. In seiner Rede betonte der Sprecher des Muslimischen Forums Deutschlands, Ahmad Mansour, die kritische Situation in der Türkei.



**Enger Vertrauter.** In Vertretung des Preisträgers verlas sein Anwalt Can Atalay eine bewegende Danksagung bei der Verleihung.



**Mutig und verfolgt.** Wegen seines Buchs über die Gülen-Bewegung sitzt Preisträger Ahmet Şık in Haft.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat den diesjährigen Raif Badawi Awards for courageous journalists an den türkischen Investigativjournalisten Ahmet Şık in Abwesenheit verliehen. Şık schreibt unter anderem für die regierungskritische Zeitung *Cumhuriyet*; sein Buch „Die Armee des Imam“ über die Gülen-Bewegung gilt in der Türkei als „das gefährlichste Buch des Landes“. Erstmals verhaftet 2011, sitzt der Journalist seit 2016 erneut im Gefängnis. Die unabhängige Jury hatte Şık aufgrund seiner herausragenden Bedeutung für die freien Medien in der Türkei und stellvertretend für alle Journalisten ausgewählt, die derzeit in der Türkei inhaftiert sind.

Im Namen von Ahmet Şık verlas Can Atalay dessen bewegende Danksagung: „Ich empfinde gleichzeitig Stolz und Trauer, diesen Preis zu erhalten. Ich sitze hinter Gittern, weil ich meinen Beruf als Journalist ausgeübt, die Wahrheit ausge-

sprochen und meine Meinung geäußert habe. Und mir wird ein Preis im Namen von Raif Badawi verliehen, der in einem anderen Land ebenfalls hinter Gittern sitzt und gefoltert wird, weil er seine Meinung geäußert hat.“

Während der Preisverleihung betonten sowohl Gerhart R. Baum, Bundesinnenminister a. D., als auch der Sprecher des Muslimischen Forums Deutschlands, Ahmad Mansour, den Mut des Preisträgers und die kritische Situation in der Türkei, die jeder Rechtsstaatlichkeit entbehre.

Der undotierte Journalistenpreis, initiiert von Badawis Ehefrau Ensaf Haidar und TV-Moderator Constantin Schreiber, soll an den inhaftierten saudischen Blogger Raif Badawi erinnern, der wegen seiner islamkritischen Texte zu 1.000 Peitschenhieben und zehn Jahren Haft verurteilt wurde. Der Preis wird vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V. unterstützt.



## Beim digitalen Lernen Entwicklungsland

Deutschlands Schulen kommen auf dem Weg zum digitalen Lernen nicht voran. Dieses Fazit zieht der Monitor Digitale Bildung, mit dem die Bertelsmann-Stiftung eine Bestandsaufnahme der Situation des digitalen Lernens vorgenommen hat. Demzufolge sind Schulleiter, Lehrer und Schüler zwar generell bereit, sich mit digitalen Medien auseinanderzusetzen. Doch die beiden erst genannten Gruppen nehmen Digitalisierung vor allem als eine zusätzliche Herausforderung wahr. Kaum eine Schule behandelt Digitalisierung als strategisches Thema. Nur 15 Prozent der Lehrer sind versierte Nutzer digitaler Medien. Und nicht mal jeder vierte Lehrer glaubt daran, dass digitale Medien dabei helfen, den Lernerfolg ihrer Schüler zu verbessern. Die Mehrheit der Lehrer und Schulleiter sieht die Chancen des digitalen Wandels stattdessen hauptsächlich darin, administrative Aufgaben besser bewältigen zu können.

## Freiheit steht hoch im Kurs

Die Bundesbürger schätzen den Wert der Freiheit höher ein als vor einem Jahr. Zu diesem Ergebnis kommt der „Freiheitsindex Deutschland“, den das John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung für das Jahr 2017 ermittelt hat. Der Index basiert auf einer repräsentativen Befragung der Bevölkerung und einer quantitativen Medieninhaltsanalyse überregionaler Printmedien. Im Rahmen des diesjährigen Schwerpunktthemas „Populistische Herausforderungen der Demokratie“ hat das Institut zusammen mit dem Institut für Demoskopie Allensbach und dem Medieninstitut MCT Dortmund untersucht, wie stark die Demokratie, ihre Institutionen und Prozeduren in der Bevölkerung verankert sind. „Der Freiheitsindex 2017 belegt eindrücklich das mangelnde Vertrauen der Bürger in die Akteure der Leistungseliten von Politik, Wirtschaft und Medien“, kommentiert Ulrike Ackermann, Leiterin des John Stuart Mill Instituts, das Ergebnis.

Fotos: Martin Leissl: picture alliance/AP Photo

## TERMINVORSCHAU

### 25. November 2017 • Frankfurt am Main

#### Verleihung des Karl-Hermann-Flach-Preises

an Timothy Garton Ash und Würdigung des 40-jährigen Jubiläums der Karl-Hermann-Flach-Stiftung, Frankfurt am Main. Der berühmte britische Historiker und Autor Timothy Garton Ash wird in diesem Jahr für sein herausragendes wissenschaftliches und publizistisches Werk sowie für sein weitreichendes Eintreten für die Meinungs- und Redefreiheit geehrt.

### 04. Dezember 2017 • Teutschenthal

#### Ostwind im Bundestag – Chancen für Mitteldeutschland

Welche Besonderheiten muss Politik im Osten beachten? Wie sieht die bisherige Entwicklung im mitteldeutschen Raum aus und welche Chancen hält sie noch bereit? Welchen Rückenwind wollen die vier gewählten Abgeordneten aus Halle an der Saale nutzen und mit welchen Gegenwinden rechnen sie? Diese Fragen erörtern bei den nächsten Teutschenthaler Schlossgesprächen Frank Sitta für die FDP, Christoph Bernstiel für die CDU, Dr. Karamba Diaby für die SPD und Dr. Petra Sitte für DIE LINKE.

### 11. Dezember 2017 • Frankfurt am Main

#### Zur Ethik des autonomen Fahrens

Vortragsveranstaltung mit Prof. Dr. Udo Di Fabio, Frankfurt am Main. Gemeinsam mit dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio wollen wir die Ergebnisse der „Ethik-Kommission zum automatisierten Fahren“ der Bundesregierung darstellen und diskutieren. Auf welcher Grundlage und wie entscheiden autonome Computer? Wer trägt die Verantwortung für falsche Entscheidungen? Welche Auswirkungen hat das auf den nationalen und internationalen Verkehr der Zukunft?

### 12. Dezember 2017 • Hannover

#### Deutschland ökonomisch vorne

Jahresabschluss der Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung: Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Professor für internationale Wirtschaftsbeziehungen der Universität Hamburg, und Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué: Den Deutschen geht's ökonomisch gut. Trotzdem sind sie unzufrieden. (Zu) viele Deutsche haben schlicht das Gefühl, zu viel zu arbeiten, zu schlecht zu verdienen und zu wenig Zeit für sich selbst zu haben. Andere stehen zu stark unter Druck, fühlen sich ausgebrannt, möchten eine klare Trennung zwischen Arbeits- und Freizeit oder vermissen die Möglichkeiten, sich Auszeiten nehmen und neu orientieren zu können. Was es also braucht, ist eine neue, ganzheitliche Arbeits- und Sozialpolitik, die dafür sorgt, dass die Deutschen künftig nicht nur ökonomisch erfolgreich bleiben, sondern auch glücklich(er) werden.

#### Weitere Informationen und

Anmeldung unter: [shop.freiheit.org](http://shop.freiheit.org)

# EINE WAHL MIT FOLGEN

Des Bürgers Wille kreite – und gebar die Aussicht auf eine bunte Koalition. Alles besser, als noch einmal vier Jahre mit einem Bündnis der beiden großen Volksparteien, sagen die einen. Schwierig bis unmöglich, dass nun die vielen kleinen und eine große Partei zusammenfinden – und erst das starke Abschneiden der AfD –, lamentieren die anderen und prognostizieren instabile Verhältnisse. Skeptiker sehen bereits Parallelen zur wechselhaften Geschichte der Weimarer Republik. Doch Ulf Poschardt sieht das Positive: Der konstruktive Diskurs programmatisch gegensätzlicher Koalitionäre ist eine Chance, viele Probleme endlich anzupacken und verkrustete Strukturen aufzubrechen. Jamaika könnte den Menschen mehr Freiheit geben (Seite 20). Auch Sven Afhüppe fordert von der neuen Re-

WAS NUN, DEUTSCHLAND?



gierung einen überzeugenden Neustart – zum Beispiel bei der Flüchtlingspolitik und beim Thema Digitalisierung. Und er hofft, dass die vier Jahre, die die AfD nun im Bundestag sitzt, ein Intermezzo sein werden (Seite 16). Michael Zöllner betrachtet die Sache von der anderen Seite: Er macht sich Gedanken darüber, was wohl die Wähler wollen und wie wir mit dem Phänomen des Populismus zukünftig umgehen sollten (Seite 10). Karen Horn sorgt sich um den Zustand unserer Volkswirtschaft. Nur wenn sie stabil wächst, können wir die Herausforderungen meistern, die Digitalisierung und demografischer Wandel mit sich bringen. Doch die Politik hat mit ständigen Eingriffen Märkte verzerrt und ökonomische Steuerungsmechanismen außer Kraft gesetzt. Sie macht sich für einen ordnungspolitischen Neuanfang stark, damit Marktwirtschaft wieder funktioniert (Seite 32).



# OB DIE MITTE HÄLT?

Beobachtungen und Wünsche  
eines bürgerlichen Wählers

TEXT: MICHAEL ZÖLLER





„It cannot happen here“, so ironisierten US-Amerikaner die Einstellung jener Landsleute, die manches, was in der Welt geschah, bedenklich fanden, sich selbst aber „auf der sicheren Seite“ wähnten. Das war vor Trump – und seither erschien Angela Merkel als die Leitfigur der freien Welt und Deutschland als die Insel der Stabilität in einem Meer wütenden Aufbegehrens gegen Institutionen und Eliten. Doch nun erklären viele die vergangene Bundestagswahl zu einer Zäsur oder gar zum Ende einer Epoche. Müssen die Deutschen sich also wie die Amerikaner vom Ausnahmestatus verabschieden, sind wir in einem beängstigenden Sinne normal geworden?

Es begann mit Jörg Haider. Der österreichische Populist kramelte die ursprünglich liberale FPÖ um und platzierte sie am rechten Rand. Fast gleichzeitig stellte in der Schweiz die kontinuierlich wachsende SVP das Konkordanzsystem des Landes auf die Probe. Dass dies nicht nur hinter den Bergen geschah, wie manche Beobachter sich zu beruhigen versuchen, wurde alsbald deutlich, als in den Niederlanden, in Frankreich und schließlich sogar in Skandinavien populistische Strömungen und Parteien Zulauf bekamen. Ob sie, wie die norwegische „Fortschrittspartei“ und die „Wahren Finnen“, schließlich mitregierten oder wie die „Dänische Volkspartei“ als Gegenleistung für die Stützung bürgerlicher Minderheitsregierungen eine geänderte Migrationspolitik erreichten, beides hat ihnen in den folgenden Wahlen nicht geschadet. Sie verharrten bei einem Stimmenanteil von rund 15 Prozent. Auch in Schweden, wo man zunächst versuchte, die „Schwedendemokraten“ auszugrenzen, wird erwartet, dass sie im nächsten Jahr statt der 13 Prozent von 2014 eher 20 Prozent erreichen werden. So haben diese neuen Parteien einerseits die Vorstellung von einem dauerhaft sozialistischen Skandinavien korrigiert, sich andererseits aber, wo immer es nicht um Islam oder Zuwanderung ging, dem skandinavischen Mainstream angenähert, sich sozialdemokratisiert.

Die nationalistischen und nativistischen Bewegungen generell als rechtspopulistisch, wenn nicht gar neonazistisch zu bezeichnen, erwärmt zwar das Gemüt der Linksradikalen, die sich noch einmal am Pathos der Antifa aufrichten, entspricht aber weder der Geschichte des Populismus noch der gegenwärtigen Lage. Die Populist Party, die sich Ende des 19. Jahrhunderts in den USA bildete, nahm erfolgreich an Wahlen teil, bis sie in der Demokratischen Partei aufging. Im Programm waren die Forderungen der heutigen Nachfolger

enthalten und die Rhetorik litt bereits an dem Widerspruch, einerseits das Volk repräsentieren zu wollen, gleichzeitig aber aus einem ebenso nach oben wie nach unten gerichteten Affekt sowohl die ausbeuterischen Eliten wie auch die als Schmarotzer bezeichneten Arbeitsscheuen oder Fremden („tramps and millionaires“) auszuschließen. Ob der Populismus eine rechte oder eine linke Erscheinung sei oder abwechselnd in der einen wie der anderen Form auftrete, blieb stets umstritten. So auch im vergangenen Jahr, als die von Trump mobilisierten bisherigen Nichtwähler sich in Umfragen für Erhöhung der Mindestlöhne ebenso wie der Einkommensteuer aussprachen, also nicht gerade für republikanische Programmpunkte.

In Europa treten die beiden Varianten sowohl geografisch getrennt auf (linkspopulistisch als Syriza in Griechenland und Podemos in Spanien) wie auch gleichzeitig von ein und derselben Partei in verschiedenen Regionen vertreten. Der Front National wendet sich in Südfrankreich, wo er unter den „Schwarzfüßlern“, den Algerienfranzosen, besonders viele Anhänger hat, gegen jede Kritik an der kolonialen Vergangenheit, während er sich im deindustrialisierten Lothringen als Anwalt der kleinen Leute und als die einzige Zuflucht der Arbeiterschaft präsentiert.

### Der Herbst 2017 könnte die Zeitenwende bringen

Sind wir also nun im September dieses Jahres von der schlechten Normalität der Vielparteiensysteme und ihrer Instabilität eingeholt worden? So scheint es, doch obwohl der Bundestag sich nun aus sechs statt bisher vier Fraktionen zusammensetzt, sind mehrere deutsche Besonderheiten unübersehbar. →



Zunächst die Tatsache, dass ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung noch keine nationale politische Kultur in Sicht ist. So sind FDP und Grüne nur im Westen wirklich stark, was umgekehrt im Osten zunächst für „Die Linke“ und die AfD galt, bis Letztere sich nicht nur als die Interessenpartei des Ostens gegen die Erben der SED durchsetzte, sondern auch im Westen die Chancen einer programmatisch unbestimmten Protestpartei nutzen konnte.

Die vergangene Wahl als epochalen Einschnitt zu bezeichnen, weil sie das Ende der Volksparteien herbeigeführt habe, ist vordergründig plausibel, aber dennoch irreführend, weil nicht zwischen zwei (zugegeben verwechselbaren) Fragen unterschieden wird. Die eine bezieht sich auf den sozialen Wandel und seine Folgen für die Bindungsfähigkeit verschiedener politischer Parteien, die andere zielt jedoch auf die Auswirkungen, die sich aus der Entwicklung einzelner Parteien für die anderen ergeben: Welche Wählergruppen bleiben dann für wen noch

erreichbar, und wie verändern sich die unter den Voraussetzungen des Verhältniswahlrechts besonders wichtigen Schnittmengen, also die Koalitionsmöglichkeiten? Unter dieser Perspektive wird das Parteiensystem als Funktion der Entwicklung einzelner Parteien verstanden, die sich ihrerseits weitgehend, aber nicht vollständig aus dem sozialen Wandel erklären lässt.

#### Schädliche Dominanz der Volksparteien

Das alte „westdeutsche“ Parteiensystem durch den Begriff der Volksparteien zu charakterisieren, bedeutet nicht, dass SPD und Unionsparteien fähig gewesen wären, quer durch alle Schichten Wähler an sich zu binden, auch wenn sie das bis zu einem gewissen Grade, die Union sehr viel mehr als die SPD, tatsächlich geleistet haben. So wie er rückblickend verwendet wird, umschreibt der Begriff weniger die Leistung einer „catch all party“ als den Prozess der Konzentration, also die Entwicklung, in de-

ren Verlauf diese beiden Großparteien zunächst eine Vielzahl kleinerer Parteien verdrängten. Außerdem hat das vermeintliche Duopol nicht ohne die FDP als dritte Partei funktioniert. Abgesehen davon, dass es einer der beiden großen Parteien nur einmal gelang, aus eigener Kraft zu regieren, wirkte die FDP nicht nur als „Mehrheitsbeschafferin“, sondern auch als Alibi. Sie schützte verschiedenen Kanzler vor deren Parteien, bot ihnen die Entschuldigung, sie wollten ja gerne die Wünsche der Basis erfüllen, wenn der Koalitionspartner sie nur ließe.

So handelte es sich bereits um ein Dreiparteiensystem (die Union stets als eine Partei gezählt). Und die FDP konnte ihren systemdienlichen Balanceakt so lange leisten, wie es für ihre beiden Flügel, nämlich einerseits den auch argumentativ stärkeren marktliberalen und andererseits den sozialliberalen, in den beiden Großparteien je einen Anknüpfungspunkt gab. Damit hing alles Weitere davon ab, ob es der SPD gelang, nicht mehr als Arbeiterpartei, sondern →

Foto: N. Schmidt/picture-alliance





## Nur in legalen Spielhallen gelten klare Regeln.

Falsche Regulierungsanreize führen zu einer Ausweitung von unerlaubtem Glücksspiel in Schwarzmärkten. Die Deutsche Automatenwirtschaft ist der Garant für ein legales und vor allen Dingen sicheres Spielangebot. Bei uns gilt:

1. **Legal nicht egal:** In legalen Spielhallen gelten strenge Regeln zum Schutz der Spieler.
2. **Nur ab 18:** In legalen Spielhallen dürfen nur Erwachsene spielen.
3. **Kein Bier hier:** In legalen Spielhallen ist Alkohol verboten.
4. **Brief und Siegel:** Unsere Spielhallen werden regelmäßig vom TÜV INTERCERT Saar und TÜV Rheinland geprüft.

Weitere Informationen zum verantwortlichen AutomatenSpiel auf [automatenwirtschaft.de](http://automatenwirtschaft.de)

DIE DEUTSCHE  
AUTOMATENWIRTSCHAFT

**KEIN SPIEL  
OHNE REGELN**

als linke Volkspartei wahrgenommen zu werden. War sie schon als die dezidiert gesamtdeutsche Partei Kurt Schumachers zum Zuflucht eines eher norddeutsch protestantischen und national gesinnten Bürgertums geworden, dem Adenauers Westorientierung widerstrebte, so führte Herbert Wehners Albtraum, die Bindung der Partei an ein strukturell schrumpfendes Arbeiter- und Gewerkschaftsmilieu, den „Dreißig Prozent Turm“, zum Godesberger Programm und damit zu einer weiteren Öffnung hin zu sozialethisch gestimmten bürgerlichen Schichten, denen die Union zu katholisch erschien.

An die Stelle dieses Dreiparteiensystems traten zwei Blöcke, als die Grünen sich etablierten. Anfangs wollte diese Bewegung studierender Söhne und Töchter des Bürgertums partout nicht Partei und Establishment werden („Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment“). Im Zuge ihrer eigenen folgerichtigen Verbürgerlichung rutschte sie aber in eben diese Richtung und sie bot mit der „Rettung des Planeten“ ein ersatzreligiöses Motiv, das attraktiver war als das alte linksliberale der Versöhnung von Bürgertum und Arbeiterschaft durch „soziale Gerechtigkeit“. Diese Bürgerlichkeit, deren alternative Lebensstile dem sozialdemokratischen Milieu ohnehin suspekt waren, musste nur noch die linksradikalen Eierschalen ablegen, um die linksliberale Nische zu besetzen. Also war die FDP auf ihren klassisch liberalen Kern verwiesen, und wenn man ihr zutraute, die Fünfprozenthürde zu überwinden, erhielt sie beträchtlichen Zulauf solcher Wähler, die sich erinnerten, dass CDU und CSU früher einmal etwas mit Marktwirtschaft zu tun hatten. Die SPD dagegen erschien wieder als die gewerkschaftsnahe Traditionstruppe des Sozialstaates.

#### Wiedervereinigung entsprach einer Zäsur

Dieses Vierparteiensystem wurde nach der Wiedervereinigung schließlich um zwei weitere Parteien erweitert. Die SED mutierte zunächst zur regionalen Interessen- und Protestpartei des Ostens, um dann als „Die Linke“ bundesweit die Rolle einer neuen USPD zu spielen. Die AfD dagegen hat

sich zunächst durch mehrere Larvenstadien hindurch, sich auch im übertragenen Sinne entlarvend, aus einer eurokritischen bundesweit agierenden Protestpartei in eine nationalistisch-nativistische mit ostdeutschem Schwerpunkt verwandelt. Danach verband sie wie ihre französischen oder österreichischen Freunde den sozialen mit dem kulturellen Protest („Partei der sozialen Heimat“) und präsentierte sich dabei wieder bundesweit als die allgemeine Denkmutterpartei. So hat sie nicht nur in Ostdeutschland die Linke als Sammelbecken des Unmuts abgelöst. Auch in Duisburg und Gelsenkirchen profitiert nicht die Linke, sondern die AfD von den Verlusten der SPD, und das gleiche Bild bietet sich in niederbayerischen Wahlkreisen wie Deggendorf, wo die CSU nicht „nur“ zehn Prozent an die AfD verlor wie im übrigen Bayern, sondern gleich 15 Prozent.

#### Die Populisten der AfD gezielt stellen

Am schwierigsten ist die Frage, wie man reagieren soll, wenn Führungsfiguren der AfD mit unsäglichen Geschichtsthesen zu zündeln versuchen. Man kann sie nicht unwidersprochen stehen lassen, tappt damit aber in die Falle dieser resonanzgierigen Taktik. Die nicht ganz befriedigende Antwort lautet daher: Betont sachlich, aber nicht immer wieder reagieren, also nicht über jedes hingehaltene Stöckchen springen. Anders als im Umgang mit den Hausintellektuellen der AfD, den Höckes und Gaulands, bei denen es auf Augenmaß ankommt, muss man zweifellos auf ihre Wähler reagieren. Protestierende als „Abgehängte“ zu bezeichnen oder vom „Schließen der rechten Flanke“ abzuraten, weil dies nur die Parolen der AfD bestätige, ist sicher die falsche Antwort. Damit psychologisiert und entpolitisiert man die Probleme, behauptet also, dass ihnen politisch nicht beizukommen sei. Abgesehen davon, dass etwa die niederbayerischen Wähler im BMW-Land mit seiner Vollbeschäftigung kaum abgehängt sind, sondern vermutlich den Massenzustrom des Jahres 2015 als einen Notstand erlebten, vor dem die Politik kapitulierte, wird doch sonst von Parteien das „Wir haben verstanden“ erwartet. Zum

Beispiel: Wir haben verstanden, dass Globalisierung insgesamt nicht nur für China eine gute Sache ist und dennoch für manche Regionen Probleme bringt, weshalb unspezifische Gießkannenpolitik durch gezielte Infrastrukturpolitik ersetzt werden sollte. Wasser auf die Mühlen dieser und anderer Protestparteien wäre jedenfalls das Ausbleiben solcher Reaktionen.

#### Hoffnung auf mehr Liberalismus

Auf Plakaten der FDP war zu lesen: „Wieder im Angebot: Wirtschaftspolitik“, und das zielte wohl besonders auf bisherige Wähler der Union, die dieses Angebot bislang vermissten („Marktwirtschaft – war da was?“). Tatsächlich wanderten 1,3 Millionen Wähler von der CDU zur FDP, womit sie ein gutes Viertel zu deren Ergebnis von 4,9 Millionen Stimmen beigetragen haben. Sie signalisierten damit der Union und der FDP die Nachfrage nach einer Politik, die erkennbar versucht, Rechtsstellung und Wahlfreiheit der einzelnen Bürger zu stärken und sie vor Bevormundung durch den Staat oder die Straße zu schützen. Über die Wirtschaftspolitik im engeren Sinne hinaus geht es dabei auch um Verfassungs- und Gesellschaftspolitik.

Verfassungspolitisch etwa um die Erinnerung daran, dass liberale Demokratie nur als repräsentative denkbar ist. Während Populisten in unbemerkter Übereinstimmung mit allerlei linken Theorien die Demokratie für einen Selbstzweck halten und deshalb mehr davon verlangen, achten Liberale auch auf den zweiten Teil des Begriffes, also darauf, dass Volksherrschaft eben Herrschaft ist, die der Kontrolle, nämlich der Zuweisung von Verantwortung und der sachlichen wie zeitlichen Begrenzung bedarf. Es genügt gegenwärtig, nach London oder Barcelona zu blicken, um zu sehen, weshalb wir wählen statt abzustimmen (Kielmansegg) und sich an Theodor Heuss zu erinnern, der Plebiszite als Geschenke für Demagogen bezeichnete. Anders als bei dieser verfassungspolitischen Frage erweisen sich liberale Parteien in puncto Föderalismus immer wieder als unsichere Kantonisten. Statt ihn finanz- und bildungspolitisch





in Richtung einer Wettbewerbsordnung weiterzuentwickeln, liebäugeln sie oft mit Bildungszentralismus, einem System, in dem pädagogische Ideologien gleich allen verordnet werden und sich länger halten, weil sie nicht in Konkurrenz stehen.

Dringend erwünscht und zwischen Liberalen unterschiedlichster Art kaum umstritten wären dagegen ordnungspolitische Alternativen etwa zur Rentenpolitik (da entweder das Eintrittsalter oder die Höhe

der Rente verändert werden muss, sollte man es den Einzelnen überlassen, selbst das Verhältnis dieser Variablen zu bestimmen) oder zur Energie- und Umweltpolitik (etwa eine Klimasteuer statt einer Umweltplanwirtschaft, die nun auch auf die Automobilindustrie überzugreifen droht.) Europa schließlich braucht keine gleichschaltende „Harmonisierung“ der Systeme, sondern deren regelgebundene Konkurrenz. Kurzum: Regelsetzung statt dirigistischer Dauer-

intervention und Wettbewerbsfreundlichkeit statt industriepolitischer „Wirtschaftsfreundlichkeit“.

---

**MICHAEL ZÖLLER** ist Soziologe und arbeitet als Lehrbeauftragter an der Hochschule für Politik München. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Ökonomie, Ideengeschichte, Religionssoziologie und die USA.  
 @ [redaktion@libmag.de](mailto:redaktion@libmag.de)



**Wir brauchen vor allem eine überzeugende Zukunftsperspektive für Deutschland. Dazu gehört nicht nur eine zügige Lösung der Flüchtlingsfrage. Notwendig ist zudem eine schnelle und zugleich dauerhaft tragende Antworten bei den Themen Digitalisierung, Bildung und bei der Lösung eines immer gravierenderen Problems: dem Fachkräftemangel.**





---

# „Anpacken und befrieden“

---

Die nächste Bundesregierung steht vor einer Herkulesaufgabe: Sie muss die Ängstlichen und Rückwärtsgewandten mit der Politik versöhnen und zugleich das Land bei Bildung, Digitalisierung oder Infrastruktur international wieder wettbewerbsfähig machen. **Handelsblatt**-Chefredakteur **Sven Afhüppe** über seine Erwartungen an Jamaika, den Umgang mit der AfD und seine Wunschs Schlagzeile für das Ende der kommenden Legislaturperiode.

---

INTERVIEW: FLORIAN FLICKE

Herr Afhüppe, die SPD pulverisiert, die Unionsparteien heillos zerstritten, die „kleinen“ Parteien plötzlich das Zünglein an der Jamaika-Waage – für einen Journalisten wie Sie muss der Ausgang der Bundestagswahl 2017 doch ein gefundenes Fressen darstellen, oder? Sie finden Storys ohne Ende ...

**Afhüppe:** Für Journalisten sind das in der Tat spannende Zeiten. Direkt nach der ersten Hochrechnung am 24. September überwog ganz eindeutig der Schockmoment – wegen des starken Abschniedens der AfD und wegen des schlechten Ergebnisses der Union. Vor allem mit dem Einbruch von CDU und CSU hatte ich in dem Ausmaß nicht gerechnet.

**Wie konnte es so weit kommen?**

Wir hatten in den vergangenen Jahren in Deutschland eine Politik des Stillstands. Das Versprechen, dass eine Große Koalition mit komfortabler Mehrheit auch Großes leistet und die wichtigen Aufgaben entschieden anpackt, ist nicht annähernd eingelöst worden. Viele Wähler sind zu Recht enttäuscht. Angela Merkel hat vor allem die Innen- und Sicherheitspolitik in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt und im Umgang mit der Flüchtlingskrise erkennbar falsche Entscheidungen getroffen. Wir haben da in Teilen Staatsvergangen erlebt.

Klingt fast so, als würden Sie die Rechtspopulisten, die jetzt in den Bundestag einziehen, in Schutz nehmen wollen.

Nein. Wir müssen zwischen rechtspopulistischen Parteifunktionären und AfD-Wählern unterscheiden. Die Bedenken eines Großteils der AfD-Wähler muss man ernst nehmen. Die Menschen machen sich Sorgen um unkontrollierte Zuwanderung oder die langfristigen Folgen der Digitalisierung auf ihre Jobs und ihren Wohlstand. Das sind berechtigte Sorgen, die man nicht einfach vom Tisch wischen kann. Das Wahlergebnis zeigt, dass es der AfD gelungen ist, die richtigen Fragen und Themen anzusprechen und den Protest vieler Menschen in Stimmen und Mandate umzumünzen.

**Fragen zu stellen ist das eine, Antworten geben das andere.**

**Hat die AfD welche?**

Nein. Und wenn, sind es die falschen.

**Was ändert sich mit dem erstmaligen Einzug von Rechtspopulisten in den Bundestag?**

Das wird die politische Kultur verändern. Aber unser Land und unsere Demokratie halten das aus. Viel verheerender ist das Bild, das wir im Ausland abgeben. Auch im reichen Deutschland – so der Eindruck vieler ausländischer Beobachter – gibt es Millionen Abge- →

# „Der Aufstieg der AfD hat seine Ursache im Politikversagen, nicht im Medienversagen. Man kann die AfD nicht totschweigen, man muss sie inhaltlich stellen.“

hängte und Vergessene - ein Phänomen, das man bis dato nur mit Frankreich, Großbritannien oder den USA in Verbindung brachte.

**2013, damals noch zu Zeiten von Bernd Lucke, fragte das Handelsblatt auf dem Titel: „Darf man die Alternative für Deutschland wählen?“ Wie lautet Ihre Antwort heute?**

Ich verurteile niemanden, der die AfD wählt. Doch zugleich muss jedem klar sein, wem er da seine Stimme gibt. Eine Partei, die so stark am rechten Rand fischt, die die Soldaten der Wehrmacht verherrlicht und Holocaust-Legenden verbreitet, widerspricht zutiefst meinem Werte- und Weltbild. Und sie passt nicht zu einem Land wie Deutschland, das wie kein zweites von offenen Märkten und der Globalisierung profitiert.

**Bekommen Alexander Gauland oder Alice Weidel als führende Köpfe der nun drittstärksten politischen Kraft in Deutschland bald ein großes Interview im Handelsblatt?**

Mit Lucke haben wir während der Eurokrise größere Interviews geführt. Es stimmt, dass Weidel und Gauland von uns noch nicht interviewt wurden. Wir begleiten die Partei journalistisch. Dazu können auch Interviews gehören, wenn die Spitzenvertreter der AfD ernsthaft an Lösungen gesellschaftlicher Probleme mitarbeiten wollen.

**Worüber spricht ein fortschrittlich und optimistisch denkender Chefredakteur mit Menschen, deren einzige politische Grundüberzeugung „dagegen“ zu lauten scheint?**

Eine gute Frage. Dauerhaft wird die AfD die Rolle des ewigen Nein-sagers nicht durchhalten - sonst macht sie sich selbst überflüssig.

**Angeblich, so der Vorwurf vor allem aus den Reihen der abgestraften Großen Koalition, haben die Medien - allen voran ARD und ZDF - mit ihrer umfangreichen Berichterstattung den hohen Stimmenanteil der Populisten erst möglich gemacht. Was halten Sie als Blattmacher von dieser Medienschelte?**

Nichts. Das ist ein sehr billiger Versuch, die eigene Verantwortung auf die Medien abzuschieben. Der Aufstieg der AfD hat seine Ursache

im Politikversagen, nicht im Medienversagen. Man kann die AfD nicht totschweigen, man muss sie inhaltlich stellen. Die neue Bundesregierung sollte die Probleme des Landes künftig offener beim Namen nennen. Nehmen Sie als Beispiel nur den verunglückten Versuch, den jüngsten „Raumordnungsbericht“ des Bundesverkehrsministeriums bis nach der Septemberwahl geheim halten zu wollen. Das *Handelsblatt* deckte ihn dann kurz vor der Wahl auf.

**Was stand denn da so Brisantes drin?**

Im Raumordnungsbericht ist klar abzulesen, in welchem Zustand sich das Land befindet. Unter anderem heißt es da: „Notwendig sind vor allem verstärkte Investitionen in zentrale Infrastrukturen und die Förderung von Bildung sowie von Forschung und Entwicklung.“ Wie abgehängt viele Regionen sind, wie schlecht die Versorgung mit funktionierenden Straßen, schnellem Internet oder ärztlicher Versorgung gerade auf dem Land ist, steht dort schwarz auf weiß.

**Ländliche Regionen sterben vielleicht aus, dafür boomen die Großstädte.**

In den Ballungsräumen wird das Wohnen immer teurer - der Wunsch vom Eigenheim bleibt für junge Familien damit ein unbezahlbarer Traum. Sigmar Gabriel hatte recht, als er zu Beginn der Flüchtlingskrise konstatierte: Wir müssten uns nicht nur um die kümmern, die zu uns kommen. Sondern vor allem um die, die hier leben.

**Wo verlaufen denn aus Ihrer Sicht die Risse in unserer Gesellschaft? Zwischen Arm und Reich? Zwischen Stadt und Land?**

Es gibt Ungerechtigkeiten in unserem Land und, ganz klar, ein Stadt-Land-Gefälle. Auch innerhalb der großen Städte gibt es Verwerfungen: Die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank begünstigt einseitig die, die bereits Immobilien besitzen. Doch zugleich treibt sie die Preise und macht die Wohneigentumsbildung für immer mehr Menschen damit unmöglich.





**Sven Afhüppe, 46,** ist seit 2016 alleiniger Chefredakteur des Handelsblatts. Zuvor führte er die Wirtschafts- und Finanzzeitung bereits als Ko-Chefredakteur. Der studierte Volkswirt und Absolvent der Georg von Holtzbrinck-Journalistenschule begann seinen beruflichen Werdegang als Redakteur und Hauptstadtkorrespondent bei der *Wirtschaftswoche*, wechselte danach als Berlin-Korrespondent zum Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* und schließlich zum *Handelsblatt*.

### Ein immer tieferer Riss verläuft zwischen West und Ost. Was läuft da ein Vierteljahrhundert nach der Wende falsch?

Nicht nur im Osten, auch in Baden-Württemberg oder Bayern haben viele von der Politik enttäuschte Menschen aller Schichten Angela Merkel einen Denkmäler verpasst. Daher gibt es auch nicht die eine simple Lösung für das AfD-Problem. Die neue Bundesregierung muss eine Vielzahl wichtiger Aufgaben gleichzeitig anpacken, will sie das Land befrieden und das Wahlvolk wieder mit der politischen Klasse versöhnen. Ob das eine Jamaika-Koalition leisten kann, bleibt abzuwarten.

Foto: Nils Bröder

### Was genau ist aus Ihrer Sicht zu tun?

Wir brauchen vor allem eine überzeugende Zukunftsperspektive für Deutschland. Dazu gehört nicht nur eine zügige Lösung der Flüchtlingsfrage. Notwendig ist zudem eine schnelle und zugleich dauerhaft tragende Antworten bei den Themen Digitalisierung, Bildung und bei der Lösung eines immer gravierenderen Problems: dem Fachkräftemangel. Deutschland wird ohne den Zuzug gut ausgebildeter ausländischer Arbeitskräfte immer weiter abgehängt. Stichwort: Einwanderungsgesetz. Beim Kampf um die klügsten Köpfe laufen uns die USA, Kanada und Großbritannien meilenweit den Rang ab. Wir benötigen Fachkräfte für unser Industrie-4.0-Land, aber auch für die Pflege von Alten oder Kranken. Die eine Million Flüchtlinge, die zu uns gekommen sind, können mit ihrem erkennbar schwachen Bildungshintergrund nicht die Probleme beheben. Wenn man die Wahlprogramme der Parteien übereinanderlegt, erkenne ich da wenig Gemeinsamkeiten. Doch Deutschland ist nicht mit einem Koalitionsvertrag auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner geholfen.

### Gegenrede: Die kommende Bundesregierung wird auf jeden Fall farbenfroher, vielschichtiger, aber auch diskursiver agieren als das Vorgängerkabinett von Christ- und Sozialdemokraten.

Das hoffe ich sogar. Diskurs an sich ist ja fruchtbar. Von Hannah Arendt stammt der schöne Satz: „Wahrheit gibt es nur zu zweien.“ Oder bald „zu dreien“. Wichtig ist, dass die im Land spürbare Sehnsucht nach einer lebendigeren Diskussionskultur nicht enttäuscht wird. Die Debatten sollten sich mehr um die Sache drehen, weniger um Personen oder Parteien.

### Blicken wir mal vier Jahre nach vorne: Mit welcher Schlagzeile würden Sie gerne das Handelsblatt am Tag nach der Bundestagswahl und somit dem Ende der jetzt beginnenden Legislaturperiode titeln?

„AfD unter der Fünfprozenthürde.“ Das wäre die Summe einer guten Politik der nächsten Bundesregierung.



Die Partner der Jamaika-Koalition stehen vor einem Spagat: Weil die Wähler das Konsensdenken satt hatten, müssen sie sich zusammenraufen, ohne sich auf den kleinsten Nenner zu einigen. Gleichzeitig gilt es, die Herausforderungen der Zukunft mit der Lebenswelt der bürgerlichen Mitte abzugleichen. Für die FDP eine Chance, ihr Profil zu zeigen.





Foto: picture-alliance/dpa/dpaweb

# JETZT GEHT'S LOS

TEXT: ULF POSCHARDT

**D**er Startschuss für Jamaika ist gefallen: Noch nie war eine Koalition weniger Projekt. Nie waren die Partner genervter. Und dennoch: Nie waren die Hoffnungen größer, dass es entgegen aller politischen Vernunft wunderbar werden könnte. Der Idealismus der Mitte ist durch Jamaika inspiriert, doch der realpolitisch nüchterne Blick verbietet jede Schwärmerei. Eigentlich kommen nur zwei Parteien zusammen, die Lust aufeinander haben: die CDU und die Grünen. Die CSU ist mit sich selbst beschäftigt und fürchtet eine Koalition mit den Grünen, weil sich das bei den Landtagswahlen in Bayern 2018 rächen könnte.

Entspannt wirkt einzig die FDP, die weder regieren muss noch eine Flirtvorgeschichte hat. Seit der Traumatisierung durch die Union von 2009 bis 2013 weiß Christian Lindner, dass nur ein guter Koalitionsvertrag der soeben heroisch wiederbelebten Partei eine Perspektive liefert. Den Grünen steht unter Umständen eine Zerreißprobe bevor. So sehr sich Superrealos wie Cem Özdemir auch mühen, Regierungsfähigkeit zu demonstrieren, so hörbar werden die Stimmen der Parteilinken, die soziale Karte zu ziehen.

Das wird Angela Merkel freuen, die ihre sozialdemokratisierte CDU schon auf das Ziel nachhaltiger sozialer Sicherheitssysteme einschwört und vor allem über Rente und Pflege sprechen will. Etwas, mit dem wohl auch die CS(!)U kein Problem hätte.

Vor dem Hintergrund dieser sozialkonservativen Stanzen wirkt es wie ein Befreiungsschlag, dass Christian Lindner den Weg-

fall des Solidaritätszuschlags zu einer Bedingung der Koalition erklärt und das Finanzministerium wenig verklausuliert als freidemokratische Machtzentrale zum Wohle aller Steuerzahler führen will. Die Grünen haben die Koalitionsgespräche mit der Union schon 2013 geprobt und scheiterten am Ende an ihrem sturen Virtuosen Trittin, der weiterhin als stille Eminenz die Partei führt.

## Bei der Union läuft es nicht rund

**D**ie CDU war die Verliererin in Hannover. Trotz VW-Skandal, Schröders Russland-Peinlichkeiten und Turbulenzen bei den Grünen hat die Union es nicht geschafft, die bürgerlichen und konservativen Milieus, von denen es in Niedersachsen jede Menge gibt, derart zu mobilisieren, dass es für den Regierungswechsel gereicht hätte. Das sah im August ziemlich anders aus, und es stellt sich die Frage, was da alles schiefgelaufen ist. Das Hickhack der Union im Bund und in Bayern hat sicher nicht geholfen, ebenso wenig das programmatische und intellektuelle Achselzucken nach dem Triumph der Superrechten.

Die Union geht also verunsichert in die Gespräche auf der Suche nach sich selbst. Deren Reformer hoffen wohl auf eine starke FDP, die dem verkümmerten Wirtschaftsflügel neue Spielräume eröffnet. Die Liberalen werden der Treiber des Zukünftigen sein müssen, weil die Union als Garant des Bewährten auftreten will und sich die Grünen nicht entscheiden können, ob sie als Retrogarde ihrer eigenen Politikgeschichte auf- ➔

# Jamaika könnte Menschen Zeit schenken und damit Freiräume in ihrem Leben.

treten - oder als mutige Gestalter einer liberalen Bundesrepublik, in der Ökologie und Marktwirtschaft zueinander finden. Das Einzige, was Jamaika nicht werden darf, ist die nächste sozialdemokratische Konsenssausage.

Drei Wochen nach der Bundestagswahl wurden in Niedersachsen drei Parteien abgestraft, die sich gerade aufgemacht hatten, als Koalitionspartner das Land zu verändern. Am stärksten verloren die Grünen. Und die wollten sich nach einem beeindruckenden (und verdienten) Sieg eines Sozialdemokraten vor allem wieder als linke Partei präsentieren. Ein namenloser Geschäftsführer der Grünen reichte, damit die einzigartige Katrin Göring-Eckhard und der legendäre Jürgen Trittin ihre roten Scheiben aus der Oldie-Disco rausholten. Die legten sie noch am Abend in Talkshows und Berliner Runden zu jenem Sound auf, den Cem Özdemir und Winfried Kretschmann zuletzt auf „kaum hörbar“ runtergedimmt hatten. Es ging wieder um soziale Fragen, Nein zu Steuersenkungen und überhaupt die Wiederaufrechterhaltung der Grünen als eben auch linke Partei.

Dabei wäre es schon längst an der Zeit, wie *DIE WELT* so oft und ergebnisarm geschrieben und gefordert hat, die gelben und grünen Stimmen zumindest für ein freiheitliches Gedankenexperiment zu einem liberalen Block zusammenzusortieren. Das passt auch lebensweltlich. In Berlin zum Beispiel waren die grünsten Ecken der Stadt gelb. Bei der Bundestagswahl. In den Villenvororten von Dahlem und im Grunewald wurde die FDP in einigen Wahllokalen stärkste Partei.

Die Biomärkte in diesen Stadtteilen sind voll, die rahmengenähten Schuhe werden über Jahrzehnte zum Schuster gebracht, die Kaschmirpullover geflickt, wenig gekauft, damit noch weniger weggeschmissen werden muss.

## Was die bürgerliche Mittelschicht denkt

Willkommen in der Welt des neuen, alten Bürgertums, das in Deutschland zu oft nur als Bankautomat für soziale Wohltaten auftaucht. Denken wir das Land mal von der bürgerlichen Mittelschicht aufwärts, in der Naturliebe und Umweltschutz ebenso gewünscht werden wie Marktwirtschaft und Werte. Die Zahl der Baudenkmäler in diesen

Wahlkreisen deutet darauf hin, dass die Verschwendung von Ressourcen auch aus dem Ideal der Sparsamkeit heraus abgelehnt wird. Natürlich Strom sparen, natürlich Solarenergie nutzen, wenn die Fassade dafür nicht verschandelt wird, natürlich als CDU-Wähler seine Kinder im Hybrid zur Waldorf-Kita fahren. Natürlich mit dem Fahrrad zum Familienabendessen ins Restaurant. Für den nicht staatshörigen, mündigen Bürger ist Verbraucherethik eine Selbstverständlichkeit. Wer verantwortlich konsumiert, will auch, dass verantwortlich produziert wird. Wer als Konservativer oder Liberaler seine Familie über alles liebt, wird seinen Kindern und Enkeln eine intakte Umwelt überlassen wollen und sich sicher der Frage stellen, was er oder sie dafür getan hat.

## Zeit ist mehr wert als Geld

Wer im aktuell harten marktwirtschaftlichen Wettbewerb bestehen will, muss fit sein. Auch da hilft eine gesunde Ernährung und vor allem die Askese. Bürger wollen ihren Feierabend genießen und möglichst wenig Zeit im Stau verbringen. Wenn Zeit Geld sein sollte, gilt das insbesondere für diejenigen, die freie Zeit als Luxus verstehen. Deswegen würden bürgerliche Milieus Mobilität nach Effizienz messen und damit ebenfalls ökologische Kriterien gelten lassen.

Staus sind Katastrophen. Sie bedeuten mehr Stress, mehr Ärger, mehr Ressourcenverschwendung. Experten beziffern den täglichen staubedingten Kraftstoffverbrauch auf 33 Millionen Liter, den Zeitverlust auf 13 Millionen Stunden, den volkswirtschaftlichen Schaden auf 250 Millionen Euro. Das kann so nicht weitergehen. Deswegen muss die Mobilität dort verteuert werden, wo Angebot und Nachfrage nicht mehr zusammenpassen.

Das Road Pricing, also eine tageszeit- und streckenabhängige flexible Maut, könnte Staus ebenso verringern wie der Wegfall der Pendlerpauschale. Der öffentliche Nahverkehr muss ausgebaut, attraktiver und günstiger werden. Die neue Bundesregierung könnte sogar darüber nachdenken, eine allgemeine Flatrate für den ÖPNV einzuführen. Dies wird die soziale Frage bei Mobilitätsverteuerung für Autofahrer entschärfen.



### Das Soziale wird zur Gretchenfrage

Die soziale Frage muss insbesondere für die Grünen, aber auch für Teile der Union und der FDP richtig (und ein wenig sozialreligiös) beantwortet werden, sonst gewinnt Rot-Rot-Grün die nächste Wahl. Dennoch müsste ein radikal ökologischer Umbau unserer Lebenswelt und der Mobilität egalitäre Prinzipien ignorieren. Die Grünen verstehen sich (absurderweise) weiter als linke Partei, deswegen müssten wegweisende grüne Projekte die soziale Unebenheit wegstrahlen. Die Förderung des Radverkehrs wäre dabei ideal.

Natürlich müssen die Fahrradwege ausgebaut und in Städten Fahrradautobahnen eingerichtet werden, natürlich muss die Straße als Parkraum im Zweifel abgeschafft werden, um Fahrradwege und Buslinien einzurichten. Die Förderung des Bundes für Radschnellwege ist bislang ein Witz. Eine Jamaika-Koalition sollte die Projektsummen verzehnfachen. Fahrradfahren passt in neubürgerliche Distinktionsambitionen und eint Grüne, Schwarze und Gelbe lebensweltlich. In einem seit Ewigkeiten grün regierten Bezirk wie Kreuzberg ist die Lage für Radfahrer mies: Wäre doch heiter, wenn nun ausgerechnet Liberale den Radfahrern die nötige Unterstützung verschaffen würden. Dies passt auch programmatisch, weil im Radfahren individuelle Leistungsfähigkeit auf entfremdete Art die Geschwindigkeit des Weiterkommens und des Aufstiegs abbildet.

Die Städte dürfen nicht länger autogerecht gedacht werden. Die Städteplaner sollten sich Amsterdam und Kopenhagen zum Vorbild nehmen. Für all diejenigen, die weiter mit dem Auto fahren wollen oder müssen, wäre damit mehr Platz, aber es würde auch teurer, was gut und ökologisch richtig wäre. Die gesundheitsunverträglichen und sozialschädigenden Formen individueller Mobilität könnten teurer werden. Dazu gehört auch der groteske Dumping-Trend bei Flugreisen. Mobilität muss kostbarer werden. Aber um linken wie rechten Populisten nicht Nahrung zu geben, müssen diese auch streitbaren Entscheidungen die Lebensqualität möglichst aller Bürger verbessern.

Ob die Klimakatastrophe nun die Eschatologie der Grünen ist oder nicht, ob sie wirklich so grell kommt, wie die berufsdepressi-

ven Apokalyptiker es befürchten, kann offen gelassen werden. In einem wohlhabenden Land mit hoher Lebensqualität wie Deutschland müssen Umwelt- und Naturschutz sowie neue Konzepte von Wohnen und Mobilität unter Glücks- und Hedonismusbewehrung gestellt werden. Jamaika könnte Menschen Zeit schenken und damit Freiräume in ihrem Leben. Dazu gehört der Kampf gegen Staus wie der gegen die archaischen Schlangen in Bürgerämtern. Würden Behördengänge digitalisiert, würden unnötige Pendlerzeiten verhindert. Es schenkte allen Bürgern Lebenszeit, das vielleicht kostbarste Gut.

### Die FDP braucht Wagemut und Einigkeit

Alles das geht nur, wenn die Wirtschaft weiter brummt. Und da gibt es grüne Freunde der Marktwirtschaft wie Ralf Fücks und den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, die zusammen mit einem Start-up-Treiber wie der FDP und dem Wirtschaftsflügel der Union dem bräsigen Status-quo-Gegurke Zuversicht und Elan injizieren. Jamaika als Verwaltung kleinster gemeinsamer Nenner wird nicht funktionieren. Da ist das Scheitern in der programmatischen Tempo-30-Zone vorbereitet. Jamaika geht nur mit Vollgas, Mut und gewagten Drifts.

Die wiederauferstandene FDP darf ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen und einem schwarz-grünen Neokonservatismus (Vater Staat und Mutter Natur) an die Macht verhelfen, der die wirtschaftliche Dynamik des Landes abbremst anstatt sie zu beschleunigen. Ein Koalitionsvertrag muss für die FDP so formuliert sein, dass jeder, aber wirklich jeder Wähler der FDP weiß, warum er die Partei (zum Teil noch immer mit Bauchgrummen) gewählt hat, dass es eine vernünftige Entscheidung war. Die FDP steht bei vielen Wählern noch immer unter genauer Beobachtung. Sie ist wieder zurück im Spiel, aber das auch nur auf Bewährung. Auf den jungen Schultern der neuen FDP liegen Tönnen von Verantwortung. Und weil die ersten etwas verbitterten Ex-Würdenträger ihren Unmut interessierten Medien durchstecken: Die aktuelle Geschlossenheit der FDP ist mit Blick auf die drei anderen Flohzirkusse CDU, CSU und Grüne ein Trumpf. Wer ihn verspielt, riskiert das Ganze.

# Jamaika als Verwaltung kleinster gemeinsamer Nenner wird nicht funktionieren.

**ULF POSCHARDT** ist Journalist und Autor mehrerer Bücher. Seit 2016 ist er Chefredakteur der Tageszeitung *Die Welt*. Von 2005 bis 2008 war Poschardt Gründungschefredakteur der deutschen Ausgabe von *Vanity Fair*. Danach war er stellvertretender Chefredakteur der *Welt am Sonntag*. 2009 wurde er zusätzlich Herausgeber diverser Musikmagazine.

@ [redaktion@libmag.de](mailto:redaktion@libmag.de)





# WIDER DER BILDUNGSMISERE

Marode Schulen, unbefriedigende Ergebnisse in PISA-Tests und Stillstand beim Thema Digitales Lernen – die Bildungspolitik in Deutschland ist eine Dauerbaustelle. Dabei ist sie Basis dafür, unseren Wohlstand auch in Zukunft zu sichern. Höchste Zeit, dass die neue Bundesregierung das Thema entschlossen anpackt und alte Zöpfe abschneidet.

---

TEXT: SUSANNE GASCHKE

**F**ühlt sich mein Kind in der Schule wohl? Lernt es dort, was es braucht, um ein gebildeter Mensch zu werden? Und auch das, was nötig ist, um sich auf einem kompetitiven Arbeitsmarkt zu behaupten? Was passiert, wenn die Familie wegen eines Jobwechsels der Eltern von Bremen nach Bayern umziehen muss? „Reicht“ eine duale Ausbildung für Zufriedenheit und beruflichen Erfolg? Oder muss es ein Studium sein? Und wie findet man unter absurd vielen Bachelor-Studiengängen den richtigen?

Bildungspolitik hat sehr konkrete Folgen für das Leben der meisten Menschen. Schlechte Bildungspolitik kann zur Abwahl von Landesregierungen beitragen wie jüngst in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Bildungspolitik war auch in diversen Umfragen zur Bundestagswahl ein Thema, das den Befragten ganz besonders am Herzen lag. Trotzdem spielte es im Wahlkampf nicht wirklich eine zentrale Rolle. In Erinnerung geblieben sind vor allem zwei eher unterkomplexe Slogans: „Bildung darf nichts kosten. Außer ein bisschen Anstrengung“ (SPD) und „Digital first. Bedenken second“ (FDP). Bei der SPD ist die Formulierung „ein bisschen“ entlarvend: Ja, so hätten es die Sozialdemokraten am liebsten. Wer gerade mal Lust hat, lernt fröhlich und strengt sich ein bisschen an. Am Ende kriegen aber alle ein schönes Zertifikat. Die SPD hat die stolze Tradition der Arbeiterbildungsvereine vergessen. Sie hat vergessen, dass Lernen und Begreifen viel Anstrengung kosten, dass man oft den inneren Schweinehund überwinden muss, dass die überstandene Mühe aber auch Freude bringt, vom langfristigen Nutzen ganz zu schweigen.

Und die Freien Demokraten können ihren flotten DigitalSpruch zumindest in Bezug auf die Schule kaum ernst meinen: Die Frage, was genau Kinder lernen müssen, um sich souverän und intelligent in einer chaotischen digitalen Welt zu bewegen, ist dermaßen ungeklärt, dermaßen undiskutiert, dass man erst mal gar nicht genug



Bedenken haben kann. Bisher kommen lobbyistische Vorschläge zur Digitalbildung vor allem aus dem Bundeswirtschaftsministerium – und erschöpfen sich weitgehend in Konjunkturprogrammen für Endgerätehersteller. Zum „Digitalgipfel“ der Bundesbildungsministerin 2016 waren die Lehrerverbände erst gar nicht eingeladen. Die neue Bundesregierung muss schleunigst das öffentliche Nachdenken darüber organisieren, welche Fächer sich in welcher Form mit dem Thema beschäftigen sollen. Es geht nicht allein um Arbeitsmarktauglichkeit! Und in den entsprechenden Expertenrunden, auf den dann abzuhaltenden Bildungsgipfeln oder Parteitagen der Regierungsparteien (und gern auch der Oppositionsparteien) sollten dazu eben keine Branchenvertreter sprechen, sondern Pädagogen, Informatiker und Mathematiker, Soziologen und Philosophen.

### Der Bildungsföderalismus fällt aus der Zeit

Wenn die neue Regierung in der Bildungspolitik einen großen Wurf versuchen will – und vieles, von den rückläufigen Lese- und Rechtschreibkenntnissen über die Integration von Flüchtlingskindern bis zum Fachkräftemangel, spricht dringend dafür –, dann müsste sie drei Dinge in Angriff nehmen. Erstens: Sie müsste den deutschen Bildungsföderalismus, der keinerlei nachvollziehbaren Vorteil mehr bietet, überwinden. Zweitens: Sie müsste eine empirische Wende einleiten und kühle Ergebnisorientierung an die Stelle ideologischer Moden setzen. Drittens: Sie müsste im Bildungswesen eine Kultur der ruhigen Konzentration etablieren, vom Tagesablauf des Ganztagschülers bis zur Taktung von Reformvorhaben. Alle drei Punkte sind miteinander verschränkt.

Die Länder, die ja bisher für die Bildungspolitik verantwortlich sind (auch wenn der Bund sich mit Milliarden für Ganztagsausbau und Digitalisierung einmischen darf), werden sich natürlich mit Händen und Füßen gegen eine zentrale Steuerung wehren – einfach weil sie damit einen der wenigen Bereiche einbüßen würden, in denen sie tatsächlich noch etwas zu regeln haben. Aber die Wirkungsbedürfnisse von Landtagen und Landesregierungen können eigentlich nicht der Maßstab sein, nach dem ein so wesentlicher Politikbereich organisiert wird. Welchen Vorteil bringt es Kindern

und Eltern, dass die Grundschule hier vier, dort sechs Jahre dauert? Dass es unüberschaubar viele Formen der weiterführenden Schule gibt? Dass manche Gymnasien acht- und manche neunjährig sind? Dass das eine Abitur leichter zu bestehen ist als das andere? Dass manchmal schon von Grundschule zu Grundschule mit anderen Methoden Lesen und Schreiben gelehrt wird?

### Es mangelt an einer nationalen Strategie

Unter diesen Bedingungen haben diejenigen, die im Wirkungsbereich schlechter bildungspolitischer Entscheidungen leben, auch schlechtere Chancen. Und jeder Umzug der Familie wird zum Drama für die Kinder. Um diesem Zustand abzuweichen, müssten sich die Länder dem „föderalen Wettbewerb“ einmal wirklich stellen. Und sich auf einheitliche Standards einigen, die sich an den besten Ergebnissen orientieren. Wenn die dann aus Bayern kommen: Tja, dann ist's halt so. Regionale Besonderheiten könnten auf der rein inhaltlichen Ebene in Fächern wie Heimatkunde, Deutsch, Musik, Kunst, Geschichte mühelos weiter berücksichtigt werden. Aber die Frage, wie man am besten Lesen und Schreiben lernt, ist eben nicht vom Wohnsitz abhängig.

Bundestag und Bundesrat könnten selbstverständlich mit der parteiübergreifenden Mehrheit, die behauptet, für „gute Bildung“ zu sein, dem Grundgesetz einen neuen Satz hinzufügen: „Die Länder einigen sich auf ein einheitliches Schulwesen.“

Dafür allerdings müssten die Bildungspolitikern ihren Relativismus aufgeben und sagen: Ja, es gibt bessere und schlechtere Unterrichtsmethoden, besser und schlechter ausgebildete Lehrer, einfühlsame oder diktatorische Kultusbürokratien, schöne und scheußliche Schulen. Und orientieren müssten sie sich, natürlich, in jeder einzelnen Frage am Besseren.

Die empirische Wende muss auch für Reformen gelten: In Deutschland setzen wir Reformen in der Regel mit großem Schwung, aber in den allermeisten Fällen ohne wissenschaftliche Grundlage durch, sind irgendwann über die Folgen enttäuscht – und am Ende darf dann jede Schule in den Trümmern weiterwursteln, so gut sie es eben hinbekommt.



# Die empirische Wende muss auch für Reformen gelten: In Deutschland setzen wir Reformen in der Regel mit großem Schwung, aber in den allermeisten Fällen ohne wissenschaftliche Grundlage durch, sind irgendwann über die Folgen enttäuscht – und am Ende darf dann jede Schule in den Trümmern weiterwursteln, so gut sie es eben hinbekommt.

Bräuchte jede neue Methode wenigstens einen halbwegs belastbaren Nachweis ihrer Wirksamkeit, es würde zum Beispiel nicht in einigen Landesteilen nach der Methode „Lesen durch Schreiben“ gearbeitet, die der Schweizer Unternehmer Jürgen Reichen entwickelt hat. Laut Reichen soll jedes Kind zunächst phonetisch schreiben: so, wie es ein Wort hört, ohne Rücksicht auf die geltende Rechtschreibung. Die Eltern dürfen nicht eingreifen. In der dritten Klasse müssen die Schüler dann alles Bisherige vergessen und doch nach den herrschenden Rechtschreibregeln buchstabieren lernen. Was wäre das für Kinder und Eltern nicht schon frustrierend genug – für schwache Schüler und Nichtmuttersprachler ist es schlicht eine unüberwindliche Mauer.

## Aktionismus bestimmt die Kultuspolitik

Gegenwärtig sind wir weit von einer ergebnisorientierten Schulpolitik entfernt. Es scheint niemanden zu interessieren, was funktioniert und was nicht. Dort, wo aus zahlreichen Schulvergleichsstudien Erkenntnisse vorliegen – zum Beispiel in Bezug auf die höhere Leistungsfähigkeit der Realschulen und Gymnasien gegenüber den Gesamtschulen –, werden sie ignoriert. Dort, wo empirische Erkenntnisse weitgehend fehlen, wird hingegen Aktionismus an den Tag gelegt: „Inklusion“ war die Überschrift, unter der sozialdemokratisch-grün-geführte Landesregierungen in den vergangenen Jahren Förderschulen mit hoch qualifiziertem Personal auflösten. Kinder mit teilweise hochkomplexen Behinderungen sollten nun, lernbegleitet, lieber Regelschulen besuchen. Die sonderpädagogische Betreuung dort entpuppt sich oft schon rein zeitlich als Witz; die Lehrer ohne Sonderausbildung erfahren oft nicht einmal, woran genau ihre neuen Schützlinge leiden. Für eine Evaluation, für eine Antwort auf die Frage, ob dieses pädagogische Experiment den besonders schutz- und förderungsbedürftigen Kindern guttut, interessiert sich außer den betroffenen Eltern und verantwortungsbewussten Sonderpädagogen niemand. Auch hier könnte eine neue Bundesregierung stilbildend wirken, indem sie einfach mal die aktuellen Konzepte der Inklusion bundesweit wissenschaftlich untersuchen ließe.

Wahrscheinlich müsste das Ergebnis einer solchen Untersuchung zur Rücknahme der Reform führen. Aber mit der Rücknahme gescheiterter Reformen tun wir uns in Deutschland ungleich schwerer als mit der Implementierung ungeprüfter pädagogischer Verfahren. Ein ländereinheitlich organisiertes Bildungswesen könnte viel besser als die Einzelländer mit Versuchsschulen arbeiten.

Die Reformer, die das neue Bildungswesen bauen würden, müssten bei allem, was sie tun, das Prinzip der ruhigen Konzentration vor Augen haben. Das gilt in diesen ultrabeschleunigten Zeiten nicht nur für das einzelne Kindergarten- und Schulkind, die einzelne Studentin und Nachwuchswissenschaftlerin, die genug Zeit für Versenkung, Für-sich-Sein, Lesen und Nachdenken brauchen – und nicht ständig digitale Zerstreuung, Lärm und Gruppen. Das gilt auch für die Konzentration auf wohlüberlegte Reformschritte anstelle der üblich gewordenen Dauerreform.

Die neue Bundesregierung könnte die Weichen für eine Bildungspolitik stellen, die den Namen „modern“ verdient – und darunter nicht nur das Herumwischen von Kindern auf Tablets versteht. Sollte man einen Rat an sie zusammenfassen, könnte man es so formulieren: Vorsicht bei allem, was Vereinfachung, Erleichterung, mehr Chancen für Schwächere verspricht – sie führen oft zum Gegenteil. Die Schule braucht Entschleunigung, nicht überhitzten Erneuerungseifer. Neue Methoden sollten einen empirisch belastbaren Nachweis ihrer Wirksamkeit mitbringen, bevor sie flächendeckend Anwendung finden. Bildungspolitik sollte den Mut haben, auch Schritte zurückzugehen, wenn die Richtung falsch war. Digitale Medien sind nur Medien, keine Inhalte. Lehrerinnen und Lehrer bleiben die wichtigsten Personen im Bildungsleben der Kinder. Ihre Professionalität muss sichergestellt und von Nicht-Pädagogen dann auch respektiert werden. ●

---

**SUSANNE GASCHKE** ist Journalistin, Publizistin und ehemalige Politikerin. Von 2012 bis 2013 war sie Oberbürgermeisterin von Kiel. Publizistisch arbeitete sie unter anderem für *DIE ZEIT* und ist Autorin und Herausgeberin mehrerer Sachbücher.  
@ [redaktion@libmag.de](mailto:redaktion@libmag.de)

# EINE WAHL UND IHRE BILDER



WAS NUN, DEUTSCHLAND?

Die Wahlplakate zur Bundestagswahl 2017 sind längst wieder abgehängt, die Aufsteller abtransportiert worden. Manche standen groß an Straßenrändern oder hingen an Laternenmasten. Sie zierten Grünflächen und Wände, einige wurden kreativ mit zusätzlichen Botschaften versehen – manchmal gewollt, häufig eher ungewollt, wie der Bilderbogen des politischen Herbstes zeigt.

EINE **FOTOREPORTAGE** ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017





Fotos: AFP/Getty Images; picture alliance/dpa/Hauke-Christi





# SCHWERPUNKT



Fotos: imago/Eibner/Stefan Zeitl; Getty Images; Emmanuele Contini/NurPhoto; dpa; picture alliance/Eibner-Pressfoto; privat (2)





**Person oder Programm:** Allein auf Inhalte konnten oder wollten sich die großen Volksparteien nicht verlassen. Manch ein Kandidat machte aus der Not eine Tugend, bewarb sich selbst und suchte bei den Bürgern nach Ideen für seine politischen Projekte, andere nahmen Anleihen in der Geschichte. Kaum eine Chance, sich der medialen Offensive der Parteien zu entziehen. Da ließen sich verbale Überschneidungen nicht vermeiden - mit zum Teil skurrilen Folgen.





# MARKT- WIRT- SCHAFT AUFRÄUMEN!

TEXT: KAREN HORN

Mit einer Vielzahl von Eingriffen und Regeln hat die Politik Märkte verzerrt und ökonomische Steuerungsmechanismen außer Kraft gesetzt. Von der guten Konjunkturlage sollte sich die neue Bundesregierung nicht täuschen lassen, sondern die Fehler der Vergangenheit korrigieren.

Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne: Diese Lebensweisheit aus Hermann Hesses tröstlichem Gedicht „Stufen“ gilt nicht nur für die großen Fragen und Nöte des menschlichen Daseins. Sie kann selbst in Phasen normaler politischer Veränderung helfen, zu denen beispielsweise der Eintritt in eine neue Legislaturperiode zählt - auch wenn das Wort „Zauber“ in diesem Kontext arg träumerisch klingt. Aber Hesses Einsicht kann auch hier beflügeln, frischen Mut und Lust zu kreativem Denken zu entwickeln, die Ärmel hochzukrempeln und anzupacken. Eine neue Phase politischer Gestaltung beginnt, und damit ergibt sich die Chance, die Zukunftsaussichten der Menschen in Deutschland weiter zu verbessern. Das gilt es zu nutzen. Was ist dafür zu tun? Die Marktwirtschaft aufräumen!

Die gute gegenwärtige Wirtschaftslage in Deutschland bietet keinen Grund zum Wehklagen: Die Wirtschaft brummt, und das so sehr, dass man die Gefahr einer Überhitzung ins Auge fassen muss. Die Kapazitäten der Industrie sind voll ausgelastet. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht faktisch Vollbeschäftigung, jener Zustand, von dem pessimistische Seelen fürchteten, dass es ihn wegen der Automatisierung überhaupt niemals wieder geben könne. Doch die Arbeitslosenquote liegt derzeit bei gerade einmal 5,6 Prozent, nach den Standards von ILO und OECD sogar nur bei 3,9 Prozent, und dieser Trend erfasst mittlerweile auch den Osten Deutschlands und die Langzeitarbeitslosen. Auch Konsum und Investitionen haben sich belebt.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihrem Herbstgutachten für 2017 das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf 1,9 Prozent veranschlagt, Tendenz leicht steigend. Die öffentliche Haushaltslage ist so gut wie lange nicht mehr; rekordhohe Beschäftigung, sprudelnde Erträge wettbewerbsfähiger Unternehmen und niedrige Zinsen haben dazu einen kräftigen Beitrag geleistet.

Trotz dieses guten Bildes ist ein wirtschaftspolitisches Aufräumen dringend erforderlich. Wer sich auf dem Erreichten ausruht, kann die Zukunft nicht meistern - das gilt für jeden einzelnen Menschen ebenso wie für Staaten und Unternehmen. Untätigkeit ist erst recht nicht angeraten, wenn die Zukunft voller Herausforderungen steckt. Dazu zählen Megatrends als auch überschaubarere, unmittelbar politisch verursachte Problemen, auf die noch keine tragfähigen Antworten gefunden worden sind - zum Beispiel:

- die ungünstige demografische Entwicklung in Deutschland, die das System der sozialen Sicherung zunehmend an seine Grenzen bringen und Verteilungskonflikte verschärfen wird;
- die Umwälzungen infolge der Digitalisierung, die in der Wirtschaft die Produktionsprozesse tief greifend verändert und den Arbeitsmarkt nicht unberührt lassen dürfte;
- die noch immer ungesicherte Nachhaltigkeit der Energieversorgung überall auf der Welt;
- die Spannungen in der Europäischen Union, die nach dem Brexit-Votum der Briten nach einer Entschlackung des „Acquis communautaire“ ruft;





- die Unruhen, die Unsicherheit und die isolationistischen Tendenzen in aller Welt, die das deutsche Geschäftsmodell mit seiner traditionellen Ausrichtung auf Exporte gefährden;
- die Niedrigzinsen, die für Investoren die zeitliche Strukturierung ihrer Anlageentscheidungen verzerren und es Sparern erschweren, Vorsorge für das Alter zu treffen;
- der vergleichsweise geringe Modernisierungsgrad des Kapitalstocks in Deutschland, der mittelfristig in eine fehlende Investitionsdynamik münden könnte;
- der Fachkräftemangel, der sich in Zeiten geringer Arbeitslosigkeit aufbaut und vor allem den Mittelstand empfindlich trifft;
- die zunehmend notleidende Verkehrsinfrastruktur;
- die Bürokratie, die gerade kleinen Unternehmen und Gründern das Leben schwer macht.

Bei alledem hilft es nicht gerade, dass im Laufe vieler Jahre das Gestrüpp der verzerrenden Eingriffe in die spontane marktwirtschaftliche Koordination immer undurchdringlicher geworden ist. In der gerade zurückliegenden Legislaturperiode ist, um nur ein Beispiel zu nennen, der Mindestlohn zum nicht geringen Bestand an marktwidrigen Regulierungen hinzugekommen. Der marktwirtschaftliche Ordnungsrahmen wird durch solche Vorschriften in sich widersprüchlich, kompliziert und inflexibel.

## Fehler in der Ordnungspolitik korrigieren

Es ist an der Zeit, die Herumbasteleien einzustellen und den marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen in seiner Kraft, mehr Wohlstand für alle zu schaffen, endlich wieder ernst zu nehmen. Von nun an gilt es, ordnungspolitische Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und neue zu vermeiden. Gerade am Anfang einer neuen Legislaturperiode sind die Bedingungen dafür günstig, bevor wieder bei allen Parteien die Nervosität vor den nächsten Wahlen erwacht und bei den Regierenden der Reflex greift, klientspezifische, aber insgesamt schädliche Wahlgeschenke zu verteilen. Bei den nun anstehenden Weichenstellungen für die Zukunft gilt es darauf zu achten, dass sie keine Elemente enthalten, die den Prinzipien von Privatautonomie, Gleichbehandlung und Wettbewerb entgegenstehen und den wichtigen Signaleffekt der relativen Preise unterlaufen. Die wirtschaftspolitische Aufmerksamkeit muss sich vor allem darauf richten, Märkte offen zu halten und Hindernisse für die wirtschaftliche Betätigung der Menschen aus dem Weg zu räumen.

Warum es sich lohnt, die Marktwirtschaft endlich einmal aufzuräumen? Es lohnt sich schon deshalb, weil sie erstens, wenn der Ordnungsrahmen stimmt, für größte wirtschaftliche Effizienz sorgt und es ermöglicht, sich rasch an wechselnde Bedingungen anzupassen. Mit dem kalt klingenden Ökonomenwort „Effizienz“ mag der eine oder andere vor allem Stress verbinden - dabei bedeutet es ganz im Gegenteil, dass die notwendige Anstrengung minimiert wird, gerade weil weniger Ressourcen brach liegen oder gar verschwendet werden als sonst. Um dieses segensreiche Potenzial zu erschließen, braucht es unter Konkurrenzbedingungen zustande gekommene Preise, die realistisch anzeigen, wie es sich mit der Knappheit verhält und sich diese im Zeitverlauf verändert.

Weil sie überall Gewinnchancen ermöglicht und mithilfe der Preissignale das Wissen vieler, sogar einander völlig unbekannter Menschen zusammenführt, beflügelt die Marktwirtschaft zweitens die schöpferischen Energien und steigert damit die gesellschaftliche Aussicht auf Fortschritt. Fortschritt mag mit Zumutungen verbunden sein - aber noch mehr mit der Hoffnung auf große Möglichkeiten für jedermann. Und drittens ist die Marktwirtschaft die einzige Ordnung, die in Verbindung mit dem Rechtsstaat das Problem der Macht einzudämmen und dem einzelnen Menschen Selbstbestimmung zu sichern vermag. Natürlich ist auch der Sachzwang der reinen Knappheit imstande, Menschen zu unangenehmen Handlungen zu nötigen, angefangen bei Arbeit unter härtesten Bedingungen - aber dafür entscheidet man sich immer noch als freie Person und nicht als Opfer menschlicher Willkür.

Die Marktwirtschaft aufzuräumen heißt keineswegs, dass sich der Staat aus allem zurückziehen soll. Es bedeutet jedoch sehr wohl, dass an alles staatliche Handeln die Messlatte anzulegen ist, ob es den Ordnungsrahmen insgesamt verbessert oder widersprüchlich macht; ob es den Preismechanismus stärkt oder schwächt; ob es sich, in der Sprache der „Freiburger Schule“ um Walter Eucken, um eine grundsätzlich ergebnisoffene, auf spontane Koordination setzende Ordnungspolitik handelt oder aber um eine Prozesspolitik, die das Marktgeschehen auf eine vorgefasste Vision hin ausrichtet und damit andere Lösungen unterbindet. Marktwirtschaftliche Politik in diesem Geist bedeutet grundsätzlich, eine stabile Währung zu sichern; für offene Märkte zu sorgen, im Inland wie auch im wirtschaftlichen Austausch mit dem Ausland; das Privateigentum und die Vertragsfreiheit zu schützen; privatwirtschaftliche Haftung zu garantieren und staatliche Berechenbarkeit herzustellen.

## Kalte Progression ist ein Dauerärgernis

Konkret bringt dieser Kanon heute die Aufforderung mit sich, so viele direkte staatliche Eingriffe in das Preisgefüge wie möglich noch einmal kritisch auf ihre Berechtigung hin zu überprüfen: Bedeuten sie wirklich eine zu rechtfertigende Korrektur, weil sich spontan herausbildende Preise die Knappheit nicht zuverlässig spiegeln, oder wirken sie im Gegenteil - am Ende womöglich sogar bewusst - verzerrend? Der Mindestlohn gehört eindeutig auf diese Liste, obschon er politisch kaum mehr verhandelbar sein dürfte, zumal er in der derzeitigen Arbeitsmarktlage auch nicht viel anzuordnen scheint, genauso wie so manche Erschwernisse im Arbeitsrecht. Sämtliche Subventionen, die noch immer üppig aus dem Füllhorn des Staates laufen und die Preissignale verzerren, gehören auf den Prüfstand. Auch zahlreiche Verzerrungen und Fehlanreize im Steuersystem sind abzubauen; die kalte Progression in der Einkommensbesteuerung ist ein Dauerärgernis mit schädlicher Anreizwirkung.

Auch mit Blick auf die Ausgaben muss die Regierung noch einmal über die Bücher gehen. Es gilt, sich mehr als bisher auf das zu beschränken, was wirklich in eine gut begründete Zuständigkeit des Staates fällt und wo dieser mit seinem Tun keine absehbaren schädlichen Nebenwirkungen produziert. Denn das geschieht re-



gelmäßig, wenn der Staat als wirtschaftlicher Akteur zu Privaten in Konkurrenz tritt, oder wenn er durch seine Ausgaben bereits bestehende Überhitzungen in einzelnen Branchen weiter anheizt, zum Beispiel in der Bauwirtschaft. Nicht alle öffentlichen Investitionen sind eine gute Sache.

Für die Dynamik der Marktwirtschaft - und damit auch für die Zukunftsaussichten aller Menschen in Deutschland - wäre viel gewonnen, wenn allmählich ein Verständnis die Oberhand gewönne, nach dem sich der Staat mehr als bisher der Pflege des Ordnungsrahmens widmen muss und ansonsten die Bereitstellung echter öffentlicher Güter wie der notwendigen Infrastruktur für die Bürger in den Vordergrund seines Tuns stellen sollte. Das allein ist kein kleines Pflichtenheft. Um diese Aufgaben gut zu erledigen, bedarf es einer soliden Folgenabschätzung, eines konjunkturpolitisch passenden Timings und auch einer erheblichen Dosis Augenmaß. Auf den Feldern Bildung, Digitalisierung und Verkehrsinfrastruktur, wo derzeit der öffentliche Investitionsstau mit Händen zu greifen ist, könnte man beginnen. Umgehend. Denn, noch einmal: Es gilt, den Zauber des Anfangs zu nutzen. ●

---

**KAREN HORN** ist freie Wissenschaftlerin und Publizistin in Zürich. Sie lehrt ökonomische Ideengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der privaten Universität Witten/Herdecke. [@redaktion@libmag.de](mailto:redaktion@libmag.de)

FÜR UNSERE  
GESUNDHEIT  
FINDET **FACHARZT**  
**HOLGER** NEUE WEGE.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter [www.pkv.de/holger](http://www.pkv.de/holger)

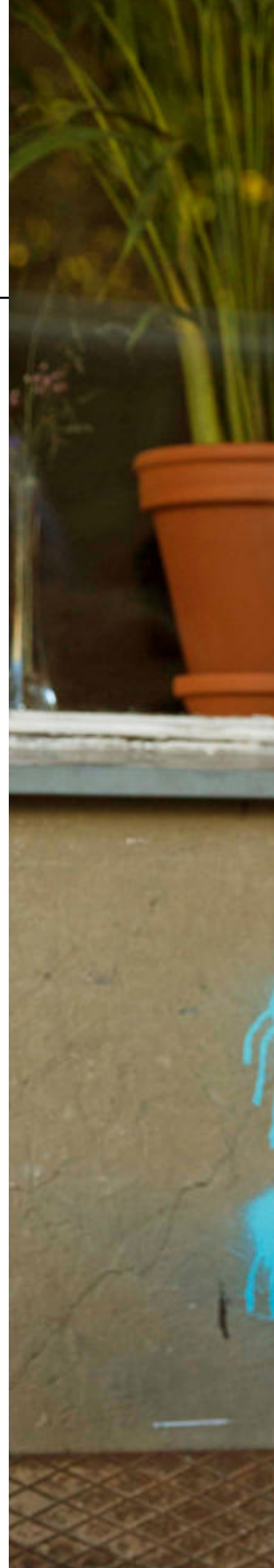
**IHRE PRIVATEN  
KRANKENVERSICHERER**



# „Wir brauchen eine Aufbruchstimmung“

INTERVIEW: FLORIAN FLICKE • FOTOS: SEBASTIAN PFÜTZE

Ob Rente, Krankenkassen, Fachkräftemangel oder schlechte Bildung: Im zurückliegenden Bundestagswahlkampf fand Demografieexperte **Axel Börsch-Supan** bei den „großen“ Parteien wenig Antworten auf die drängendsten Fragen zur Zukunft des Landes. Der Münchener Wirtschaftsprofessor über den Unsinn eines starren Renteneintrittsalters, den Irrwitz 28-Stunden-Woche, die überzogene Angst vor dem Ende der Arbeit – und seine neue Hoffnung auf vier bessere Regierungsjahre. →









**„Es ist abwegig und völlig unbezahlbar, jedem Staatsbürger ein Grundeinkommen in Höhe von 1.600 Euro monatlich zu gewähren.“**



Herr Professor Börsch-Supan, „Lebenszufriedenheit“ ist eines der vielen wissenschaftlichen Forschungsgebiete, mit denen Sie sich beschäftigen. Wie zufrieden sind Sie persönlich mit dem Ausgang der zurückliegenden Bundestagswahl?

**Börsch-Supan:** Ich bin aus zwei Gründen nicht zufrieden. Erstens kann niemand zufrieden sein, wenn die AfD drittstärkste Kraft im Bundestag wird. Zweitens ist es ein Desaster, dass sich die Sozialdemokratie jetzt anscheinend auf absehbare Zeit von der großen politischen Bühne und Verantwortung verabschiedet. Das kann für unsere Demokratie nicht gut sein. Gleichwohl begrüße ich sehr, dass der Stillstand der Großen Koalition nun endlich beendet scheint. Frische Ideen, neue Köpfe in der Regierung und eine Aufbruchstimmung sind das, was unser Land so dringend benötigt.

Auf welchen sozialpolitischen Feldern sehen Sie den größten Handlungsbedarf?

Da gibt es zwei große Linien: den Megatrend demografischer Wandel und die Ungleichheit. Zum Glück geht die Ungleichheit bei uns nicht so weit auseinander wie in den Vereinigten Staaten, Frankreich oder Großbritannien. Dennoch ist das ein Thema, um das sich die Politik künftig verstärkter kümmern sollte - vor allem im Hinblick auf die schreiende Bildungsungerechtigkeit. Wir sollten nicht nur über kaputte Schultoiletten, sondern vor allem über schlechte Bildung und ungerechte Zugänge zur Bildung diskutieren. Und: Wir haben eine besonders hohe Armutsrate unter Kindern und Familien. Dieses Problem ist nachgewiesenermaßen viel größer als die medial so häufig beklagte Altersarmut.

Woher rührt die falsche Wahrnehmung?

Kinder dürfen im Gegensatz zu älteren Menschen nicht wählen. Daher ist es politökonomisch verständlich, dass sich Politiker mit Wiederwahlinteresse entsprechend positionieren und die Themen der Älteren wichtiger nehmen. Doch Politiker sollten stets auch vorausdenken und vermehrt auf die Jugend achten.

Ihr zentraler Forschungsschwerpunkt als Ökonom ist der demografische Wandel. Warum haben wir dazu im Wahlkampf so wenig gehört?

In der Tat haben wir zur Zukunft der gesetzlichen Rente während des Bundestagswahlkampfes wenig Substanzielles vernommen. Und faktisch gar nichts zur Situation der gesetzlichen Krankenversicherung, der es jetzt noch halbwegs solide geht angesichts der guten Beschäftigungssituation in Deutschland. Doch die Keule des demografischen Wandels mit immer mehr Alten und Kranken und immer weniger Vollbeschäftigten wird die gesetzlichen Kassen bald mit voller Wucht treffen.

Verschließen die Parteien die Augen vor der Wirklichkeit oder scheuen sie - wahltaktisch klug - den Zorn der Wähler?

Vielleicht ist es am Ende besser so, dass die Parteien im Wahlkampf nicht mit völlig unrealistischen Forderungen hausieren gingen. Im vorletzten Bundestagswahlkampf überboten sich die Parteien beim Thema Rente noch gegenseitig mit Wünschen und Forderungen. Die Kombination aus Mütterrente und Rente mit 63 kostete den Steuerzahler am Ende einen nennenswerten dreistelligen Milliardenbetrag. Insofern bin ich als Ökonom und Staatsbürger eher froh, dass

sich die Parteien dieses Mal so bedeckt hielten. Wahlgeschenke sind nie der richtige Weg. Die Regierungsparteien müssen jetzt die zwei bis drei ruhigeren Jahre bis zur nächsten Wahl nutzen, um die notwendigen Strukturreformen bei der Rente und der gesetzlichen Krankenversicherung überlegt anzupacken.

**Fast bezeichnend für den Wahlkampf der abgestraften Großen Koalition kam das Wort „Digitalisierung“ nur in den Schlussworten des sogenannten TV-Duells von Merkel/Schulz vor. Doch was rollt von Ihrer Warte aus da auf Deutschland zu? Sind all unsere Mittelständler, deren Beschäftigte, die Gewerkschaften sowie die Politik gedanklich überhaupt schon auf den radikalen Wandel eingestellt?**

Nein, ich teile da Ihre Skepsis. Die Digitalisierung, die den vor rund 150 Jahren eingeläuteten Trend zur Industrialisierung und Automatisierung nochmals rasant beschleunigt, muss endlich zum Thema auch für die Bundespolitik werden. Ich sehe in ihr sehr viele Chancen und neue Möglichkeiten, aber eben auch manche Risiken, die die Parteien jetzt thematisieren müssen. Damit befinde ich mich genau in der Mitte zwischen denjenigen, die der weiteren Digitalisierung bedingungslos euphorisch entgegensehen - und jenen, die vor der baldigen Verelendung der Massen warnen, wenn noch mehr Roboter und Automaten in den Fabriken und Büros Einzug halten.

**Ja oder nein: Geht uns die Arbeit aus?**

Ein klares Nein. Die Digitalisierung, richtig moderiert, entfaltet so viele Möglichkeiten für unsere in Teilen erstarrte Volkswirtschaft, dass das ihre Nachteile mehr als wettmacht. Wir dürfen keine Angst vor der Zukunft haben. Die Einführung des Pflugs hat ja auch nicht die Landwirtschaft ruiniert. Und die Einführung des Webstuhls hat zwar die Handweber arbeitslos gemacht - doch die damalige deutsche Wirtschaft weit vorangebracht. Den Kindern der Weber ging es dadurch viel besser als ihren Eltern. Wir Deutschen trauern immer dem Vergangenen nach, etwa dem Dieselmotor. Warum nutzen wir diese Energie nicht klüger, um endlich massiv in die Elektromobilität zu investieren?

**Welche Rolle kommt der Politik beim Wechsel vom analogen in ein vollständig digitales Zeitalter zu?**

Die Politik sollte vor allem den ohne Frage vorhandenen Verlierern des Wandels unter die Arme greifen. Nicht aus jedem Bankmitarbeiter in der geschlossenen Filiale oder dem langgedienten Verkäufer im Einzelhandel machen Sie einen Financial Engineer oder E-Commerce-Experten. Darum ist es primäre Aufgabe der Politik, den notwendigen Wandel sozial zu begleiten und in seinen negativen Folgen abzumildern - mit Geld und möglichst der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wo das nicht gelingt, radikalisiert sich die Betroffenen. Nur so konnte etwa Donald Trump das Präsidentenamt in den USA erobern.

**Bildung und Weiterbildung, heißt es parteienübergreifend, seien der entscheidende Schlüssel für den Erfolg der Digitalisierung. In diesem Zusammenhang verwundert es, dass einer der wenigen ernsthaften Vorschläge des unterlegenden SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz während des Wahlkampfs so wenig Gehör und so viel Hämekassierte: das staatlich gefüllte „Chancenkonto“ für jeden Deutschen. Was ist daran verkehrt?**

Die Idee, dass der Staat jedem der etwa 80 Millionen Deutschen ein Konto mit 20.000 Euro aus dem Steuersäckel füllt, ist schlicht unfinanzierbar. Das muss jemand, der Bundeskanzler werden wollte, eigentlich wissen. Richtig ist der Grundgedanke. Aber der ist auch nicht neu. Es gibt zahlreiche Kontenideen, aus denen sich etwa Sabbaticals finanzieren lassen oder ein früherer Renteneintritt. All das sind gute Ansätze. Die aber - anders als bei Schulz' Vorschlag - nicht allein der Staat finanzieren darf. Der Staat kann solche Modelle allenfalls mit Anreizen versehen, primär aber sind die Beschäftigten und ihre Arbeitgeber selbst gefragt beim Thema Weiterbildung.

---

## „Die Renteneintrittsgrenzen sollten stets fließend sein. Wir brauchen ein atmendes Rentenalter.“

---

**Bei kaum einem sozialpolitischen Thema gehen die Meinungen so auseinander wie beim „bedingungslosen Grundeinkommen“. Die SPD-Linke Andrea Nahles ist genauso dagegen wie FDP-Chef Christian Lindner. Viele liberale Ökonomen und mancher Dax-Chef machen sich dagegen für dessen Einführung stark. Könnten Sie uns bitte die ungewöhnliche Frontenbildung und vor allem Ihre Position zu dem Thema erläutern?**

Arbeit dient ja nicht nur dem Gelderwerb, sondern auch der Selbstverwirklichung und der Selbstachtung. Das als philosophischer Einstieg. Nun zum Ökonomischen: Es ist abwegig und völlig unbezahlbar, jedem Staatsbürger ein Grundeinkommen in Höhe von 1.600 Euro monatlich zu gewähren. Wir haben doch keine unerschöpfliche staatliche Ölquelle wie Katar. Über ein geringeres Grundeinkommen von vielleicht 400 oder 500 Euro im Monat könnten wir reden, aber das macht keinen glücklich. →



**Themenwechsel: Fast unbemerkt von der breiteren Öffentlichkeit hat die IG Metall im Sommer ihre Forderung nach einer 28-Stunden-Woche in den Raum gestellt. Mit dem Ablauf der Friedenspflicht in der Metallindustrie zum Ende dieses Jahres dürfte es mit der Ruhe vorbei sein. Wie finden Sie die Idee, dass die Deutschen bald noch weniger arbeiten könnten?**

Zum Glück sind Tarifforderungen nicht automatisch Tarifwirklichkeit. Der Gewerkschaftsvorschlag passt angesichts des immer gravierenderen Fachkräftemangels überhaupt nicht in die Zeit. Zudem verstehe ich nicht, warum die Gewerkschaften, die von der Arbeit und den Arbeitern als Mitgliedern leben, diese Arbeit immer weiter reduzieren wollen. Ich bin definitiv gegen jede starre Regelung - ob bei der Wochenarbeitszeit oder der Lebensarbeitszeit. Wenn ich starre Kleidung tragen müsste, würde ich im Sommer schwitzen und im Winter frieren - wie dumm. Flexible Lösungen sind immer besser.

**Sie sind also auch gegen eine fixe Rente mit 63, 67 oder gar 70 Jahren?**

Definitiv. Die Renteneintrittsgrenzen sollten stets fließend sein. Wir brauchen ein atmendes Rentenalter. Aktuell haben wir sogar einen gegenläufigen, negativen Trend, der der Annahme einer stetig steigenden Lebenserwartung zuwiderläuft. Die Deutschen scheinen sich leider in Sachen Ess- und Lebensgewohnheiten bei den US-Amerikanern einiges abzuschauen. Wir werden immer dicker, unbeweglicher und damit auch kränker. In den USA hat sich die Lebenserwartung in den vergangenen Jahren viel langsamer nach oben entwickelt als bei uns - und sie sinkt für bestimmte Bevölkerungsgruppen erschreckenderweise sogar wieder.

**Wie bekommen wir den grassierenden Fachkräftemangel in den Griff? Deutschlands Mittelständler ächzen schon heute - und die eigentliche demografische Delle kommt erst noch ...**

Besser ausbilden! Und die gut Ausgebildeten, die noch 20 meist gute Lebensjahre vor sich haben, nicht mit 63 Jahren in Rente schicken. Die müssen ja nicht Vollzeit weiterarbeiten, sondern könnten ihr Wissen an die nachfolgende Berufsgeneration weitergeben.

**Ergänzen Sie bitte zum Abschluss diesen Satz: „Die neue Bundesregierung hat dann einen guten Job gemacht, wenn wir in vier Jahren ...“**

... uns dank besserer Ausbildung und neuer Ideen vor China nicht fürchten müssen. Wir beschäftigen uns derzeit viel zu sehr mit uns selbst und wie schön es früher war. Und zu wenig mit den Herausforderungen des Weltmarkts und der Zukunft. Die Antwort auf den harten Wettbewerbsdruck gerade aus Fernost kann nicht Abschottung oder - wie im Fall des Roboterherstellers Kuka - politischer Widerstand gegen das Investoreninteresse aus China sein. Sondern wir müssen selbst als Investoren die Zukunftschancen sehen mit mehr Zuversicht, mehr Selbstbewusstsein und vor allem mit einer neuen Bildungsoffensive. ●



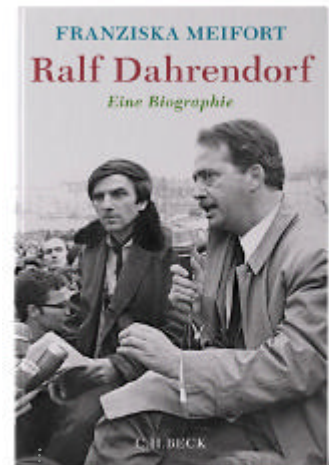
**Professor Axel Börsch-Supan** ist seit 2011 Direktor des Munich Center for the Economics of Aging (MEA), einer Abteilung des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik in München. Zudem hat Börsch-Supan eine Professur an der Technischen Universität München. Er studierte Volkswirtschaftslehre und Mathematik in München und Bonn. 1984 promovierte der heute 62-Jährige am M.I.T. an der US-Eliteuniversität Cambridge. Danach lehrte er unter anderem an der Harvard University, an der Universität Dortmund und mehr als zwei Dekaden an der Universität Mannheim. Börsch-Supan ist ordentliches Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, der Deutschen Nationalakademie Leopoldina und korrespondierendes Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. In der Vergangenheit gehörte er zahlreichen Regierungskommissionen an und ist derzeit Mitglied der Expertengruppe „Demographie“ der Bundesregierung. Zudem berät er die EU-Kommission, die Weltbank, die OECD und mehrere ausländische Regierungen.

---

# Grenzüberschreitend

Nicht ohne Grund setzte Ralf Dahrendorf (1929–2009) über seine Lebenserinnerungen den Titel „Über Grenzen“. Denn er war ein Grenzgänger ganz besonderer Art, zwischen Wissenschaft und Politik, zwischen Deutschland und Großbritannien, zwischen Bundestag und House of Lords, zwischen wissenschaftlicher Politikberatung und anspruchsvoller Publizistik und nicht zuletzt zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus. Ein solches Leben zu beschreiben bedeutet eine große Herausforderung. Die Zeithistorikerin Franziska Meifort ist die Sache mutig angegangen und hat sie bravourös bewältigt. Als Grundlage diente ihr, dass sie den Dahrendorf-Nachlass im Bundesarchiv verzeichnet hat. Zusätzlich hat sie Zeitzeugen befragt und die Forschungsliteratur und publizistischen Quellen studiert, was im vorliegenden Fall wegen der vielen Wirkungsfelder Dahrendorfs besonders aufwendig war. Auf dieser Basis gelingt Meifort eine sehr anschauliche, wirklich gut zu lesende Biografie, die vieles aus dem eigenen Werk Dahrendorfs bestätigt, manches korrigiert, vor allem aber viel breiter und fundierter angelegt ist. Die Biografin schildert eindrucksvoll die Stärken Dahrendorfs, seine wissenschaftliche Produktivität, seine Rhetorik, seine Vermittlungskunst zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, unterdrückt aber auch nicht die Schwächen wie eine gewisse Unstetigkeit und so manche Fehleinschätzung. Sehr gut kann der Leser nachvollziehen, wie eine durch und durch sozialdemokratisch sozialisierte Persönlichkeit den Weg zum Liberalismus fand. Dabei waren vor allem die Begegnungen mit den Großen des angelsächsischen Liberalismus wie mit Milton Friedman und Karl Popper prägend. Außerdem war Dahrendorf davon überzeugt, dass Bildung der Schlüssel zum gesellschaftlichen Fortschritt ist.

**Jürgen Frölich**, Archiv des Liberalismus,  
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit



**Franziska Meifort**  
„Ralf Dahrendorf  
Eine Biographie.“,  
C.H. Beck,  
489 Seiten, 38 Euro

---

## BÜCHER

---

# Ungeschminkte Schönheit

Mit „Zivilisierte Verachtung“ hat Carlo Strenger ein Plädoyer für die offene Gesellschaft geschrieben, ganz in Anlehnung an Karl Poppers Forderung, wir sollten „im Namen der Toleranz das Recht für uns in Anspruch nehmen, die Unduldsamen nicht zu dulden“. Sein neues Werk ist Analyse und Plädoyer des Liberalismus als Lebensphilosophie, zu dem Konflikt und Schmerz genauso gehören wie das Glücksgefühl der Freiheit. Zuerst betrachtet er dabei das Dilemma der fast haltlosen Entwurzelung des freien Individuums seit der Aufklärung. Dem setzt er totalitäre Sehnsucht im Ekel an der westlichen Welt eines Houellebecq gegenüber und den seit Rousseau gärenden Mythos, dass es ein besseres und „wahres Selbst“ gebe, das in der rechten Utopie freigesetzt werden könne. In erfrischend interdisziplinären Ausflügen über Sartre und Freud kommt Strenger immer wieder zu Isaiah Berlin, seiner Skepsis und seinem gleichzeitigen Werben für das Abenteuer Freiheit. Oder um es mit Strengers eigenen Worten zu sagen: „Der Liberalismus ist keine Heilslehre, mit der ein Paradies auf Erden geschaffen werden soll. Angesichts der barbarischen Alternativen sehe ich in der Kompetenz, mit den Entbehrungen der Freiheit zu leben, jedoch eine großartige zivilisatorische Errungenschaft.“ Strenger seziiert die Argumente von Heilsversprechen und Freiheitsbegriffen und zeigt uns die ungeschminkte Schönheit des liberalen Gedankens.

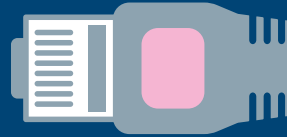
**Julius von Freytag-Loringhoven**, Büro Moskau,  
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit



**Carlo Strenger**  
„Abenteuer Freiheit -  
Ein Wegweiser für unsichere  
Zeiten“,  
edition suhrkamp,  
122 Seiten, 14 Euro



# Von wegen Highspeed



Die Werbung der Mobilfunkanbieter verheißt den Deutschen schnellstes Internet. Die Wirklichkeit sieht anders aus. „Funkloch-Republik Deutschland“ titelte jüngst die *Bild* und schickt die provokante Frage hinterher: „Warum haben wir schlechteren LTE-Empfang als Peru, Rumänien und Kasachstan?“ Für einen Industrie- und Dienstleistungsstandort wie Deutschland ist die Versorgung mit schnellem Internet fernab der großen Städte eine Lachnummer. Schnelles Internet – das endet nicht wie in der Vorstellungskraft vieler Politiker bei 50 Megabit pro Sekunde, sondern meint wirkliches Breitband und Glasfaser –

muss zu den Menschen kommen. Und nicht die Menschen zu den Netzen, wie es derzeit im auffallenden Stadt-Land-Gefälle der Fall ist. Die topvernetzten Innenstädte von Hamburg, Berlin oder Köln sind allenfalls eine Art Breitband-Feigenblatt der Telekommunikationsfirmen und der zuständigen staatlichen Verwaltungsstellen. Bürger, Firmenchefs und Selbstständige im ländlichen Raum surfen dagegen im Schneckentempo; mancher Mittelständler in der Eifel oder auf der Schwäbischen Alb setzt in der Not immer noch lieber auf das bewährte Fax als auf das instabile Web vor Ort, um Aufträge und Angebote zu versenden.

## Stadt-Land-Gefälle

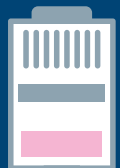
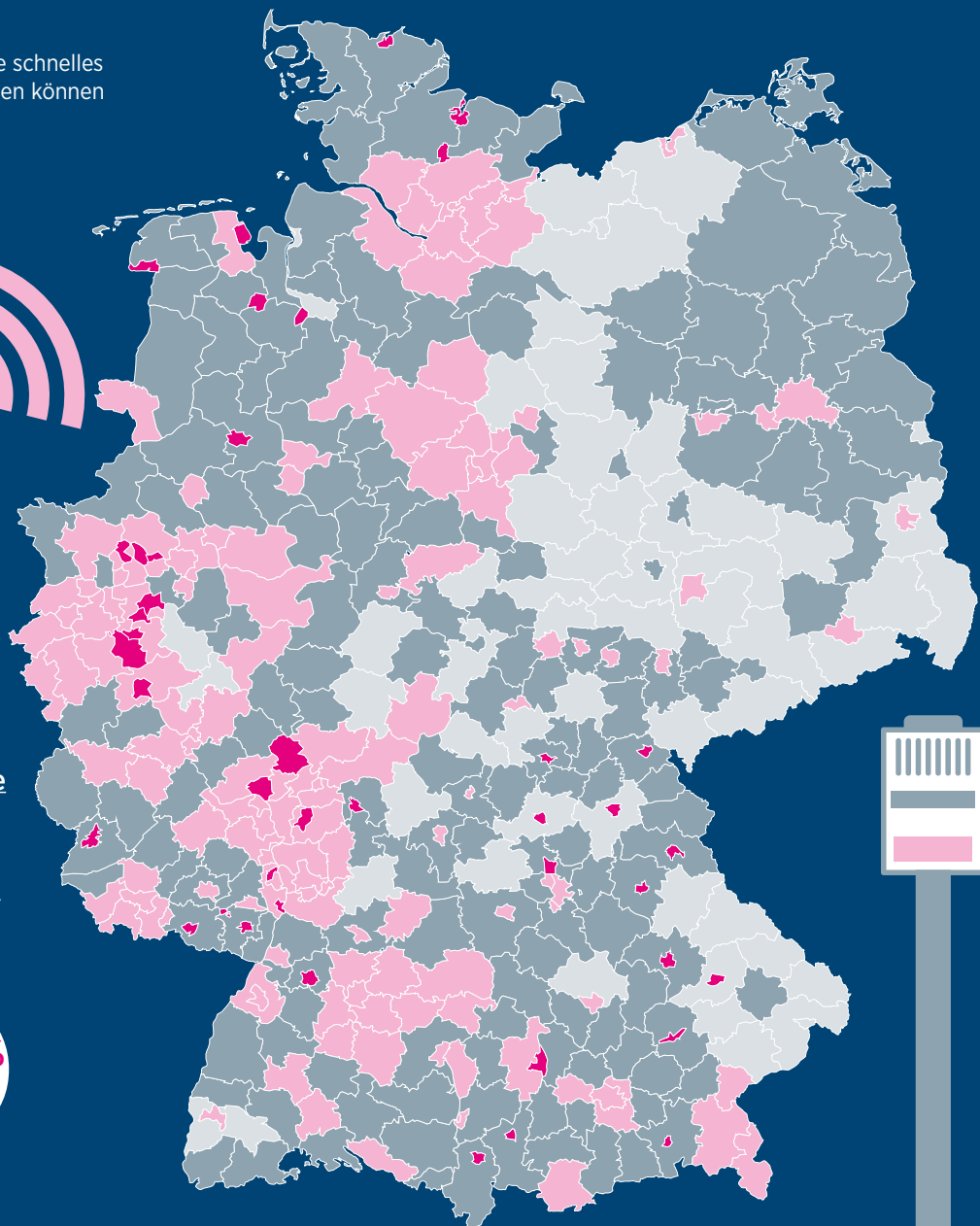
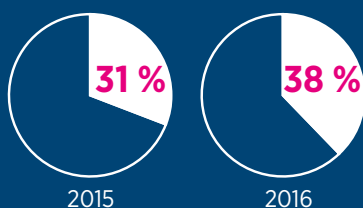
Anteil der Haushalte je Region, die schnelles Internet (mehr als 50 Mbit/s) nutzen können

- Mehr als 95 %
- 75 % bis 95 %
- 50 % bis 75 %
- 10 % bis 50 %

Selbst innerhalb eines Ortes kann die Netzgeschwindigkeit von Straße zu Straße variieren.

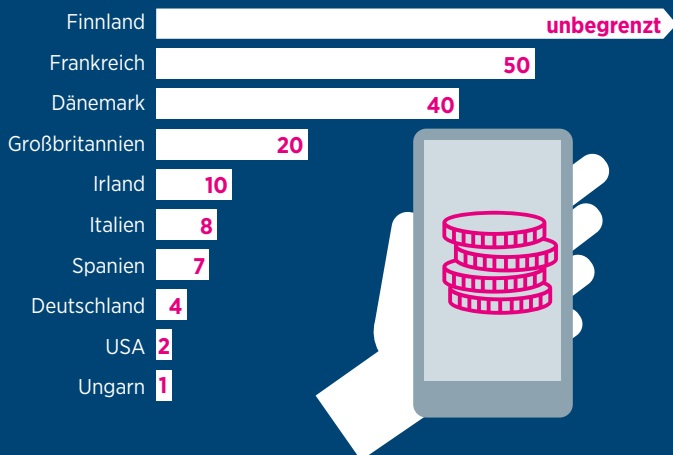
## Firmen in der Warteschleife

Verfügbarkeit von Breitband – mindestens 30 Mbit/s vertraglich vereinbart – für deutsche Unternehmen mit zehn oder mehr Mitarbeitern



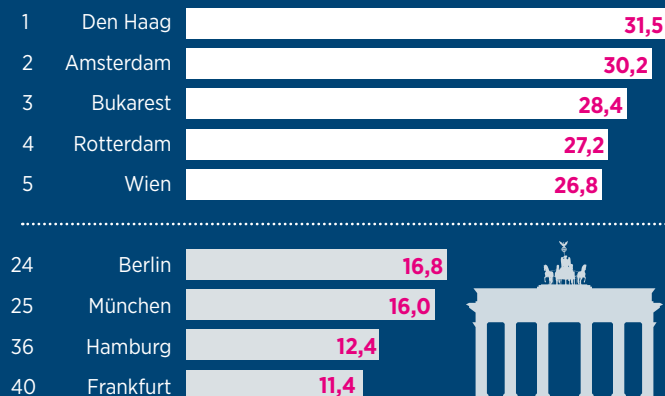
## In Deutschland gibt es wenig Internet für viel Geld

Datenvolumen (in GB) im 4G-Netz pro 35 Euro Vertragspreis (1. Hälfte 2016); Vertragspreis mit Telefon- und SMS-Flatrate



## In Europa surfen die Holländer am schnellsten

Ranking nach 4G-Downloadgeschwindigkeit in Mbit/s (basierend auf Daten aus 40 Metropolenregionen der EU)



## Vor allem auf dem Land fehlt die schnelle Leitung

Anteil der Haushalte, für die Breitband zur Verfügung steht

| Bandbreitenklasse | Städtisch | Halbstädtisch | Ländlich |
|-------------------|-----------|---------------|----------|
| Bis zu 1 Mbit/s   | 100 %     | 99,8 %        | 98,6 %   |
| Bis zu 2 Mbit/s   | 100 %     | 99,6 %        | 98,1 %   |
| Bis zu 6 Mbit/s   | 99,8 %    | 97,9 %        | 92,2 %   |
| Bis zu 16 Mbit/s  | 97,5 %    | 84,0 %        | 65,1 %   |
| Bis zu 30 Mbit/s  | 93,7 %    | 75,4 %        | 51,9 %   |
| Bis zu 50 Mbit/s  | 89,5 %    | 65,9 %        | 33,8 %   |



## Breitband langsamer als versprochen

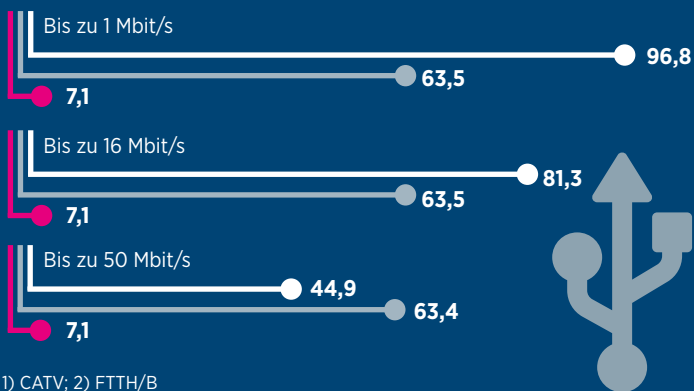
Nutzer, die mindestens x Prozent der vertraglich vereinbarten maximalen Datenübertragungsrate erhalten

| Bandbreitenklasse  | Anteil derer, die 50% erreichen | Anteil derer, die 100% erreichen |
|--------------------|---------------------------------|----------------------------------|
| 2 bis 8 Mbit/s     | 72,0 %                          | 7,6 %                            |
| 18 bis 25 Mbit/s   | 67,1 %                          | 11,4 %                           |
| 50 bis 100 Mbit/s  | 73,9 %                          | 12,0 %                           |
| 200 bis 500 Mbit/s | 57,7 %                          | 24,9 %                           |

## Glasfaserkabel sind selten

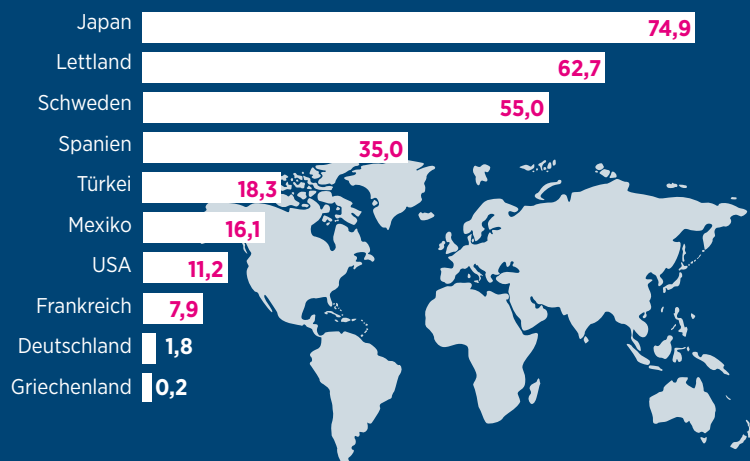
Anteil der Haushalte, für die ein Breitbandanschluss verfügbar ist

● DSL/VDSL ● Kabelanschluss<sup>1</sup> ● Glasfaser<sup>2</sup>



## Deutschland bleibt Glasfaserkabel-Entwicklungsland

Anteil von Glasfaser an allen Festnetz-Breitbandanschlüssen







# PROGRAMMIERER LERNERFOLG

TEXT & FOTOS: THOMAS LUTHER

In Berlin hat im September die erste private Universität ihre Pforten geöffnet, an der die Studenten systematisch das Programmieren und Entwickeln von Computerprogrammen lernen können. Der Macher hat einst selbst als Nerd begonnen und erfolgreich mehrere Start-up-Unternehmen gegründet. Nun will er seine Erfahrung weitergeben.

Foto: EyeEm/Getty Images



Es läuft nicht bei Nele. Seit zwei Stunden sitzt die 17-Jährige, die ihren richtigen Namen an dieser Stelle nicht so gerne lesen möchte, zusammen mit ihren drei Teammitgliedern in einer Veranstaltungshalle im Norden Kölns. Ihre Laptops auf dem Schoß, sitzen die Mädchen zusammen an einem Tisch und grübeln über der Gestaltung einer Software, die das Team neben ihnen gerade konstruiert. Ideen werden diskutiert, ausprobiert - und schließlich wieder verworfen. Frust macht sich breit. Kurz bevor die Stimmung endgültig im Keller ist, tritt Jonathan Rüth an den Tisch. Der 28-Jährige stellt ein paar Fragen und hört sich ruhig an, wo das Problem liegt. Dann gibt er einige Tipps und beschreibt der Gruppe, wie er vorgehen würde. Die Mienen am Tisch hellen sich dankbar auf, fast augenblicklich setzt das Geklapper an den Computertastaturen ein.

Dem Team zu helfen wäre eigentlich die Aufgabe eines der anwesenden Coaches gewesen, die vier Tage lang von Freitag bis Montag das „Code+Design Camp“ begleiten - häufig IT-Spezialisten aus der freien Wirtschaft, die ehrenamtlich mitmachen. Doch die werden gerade an anderen Tischen in Beschlag genommen. Als Mit-Organisator der Veranstaltung ist es Rüth gewohnt, dort einzuspringen, wo Not am Mann ist.

Das Konzept der Camps, die zumeist in deutschen Metropolen wie Berlin, Hamburg, München und Köln stattfinden, ist mehr oder weniger immer das gleiche: Die

Teilnehmer kommen in Teams zusammen und arbeiten an Softwareprojekten, die sie sich selbst aussuchen - zum Beispiel die Programmierung einer App für das Smartphone, die bei der Parkplatzsuche hilft. Vorkenntnisse müssen die Teilnehmer nicht mitbringen. Das Camp ist offen für jeden, eine Altersbeschränkung gibt es nicht. Finanziert wird die Veranstaltung über Sponsoren. In den 50 Euro Teilnahmegebühr ist sogar die Verpflegung mit drin. „Die Kernzielgruppe sind Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren“, sagt Thomas Bachem, der der Kopf hinter dem Camp-Projekt ist. „Natürlich sollte jeder Teilnehmer ein gewisses Interesse am Programmieren mitbringen und die Motivation, vier Tage lang an einem Projekt zu arbeiten.“ Weibliche Teilnehmer sind dabei gern gesehen. „Denn wir wollen weg vom Nerd-Image des Programmiers.“

Bachem selbst ist alles andere als ein Nerd. Der heute 31-Jährige hat an einer privaten Kölner Fachhochschule Betriebswirtschaft studiert. Dazu kennt er sich mit Computern und dem Internet bestens aus. In seiner Jugend hat er sich das Programmieren selbst beigebracht. Nach dem Studium startete Bachem dann vom Fleck weg als Internetunternehmer durch. Er gründete mehrere Start-ups, von denen er einige mittlerweile sehr erfolgreich verkauft hat. Seinem Wirtschaftsstudium schreibt er das nicht zu. „Das war viel Theorie, aber zu wenig Praxis“, erinnert sich Bachem, der seinen persönlichen Lernprozess ganz →







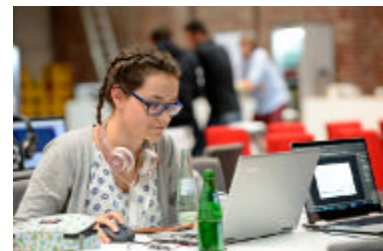
anders erlebt hat: „Als Jugendlicher habe ich viel Zeit am Computer verbracht und irgendwann einfach mit dem Programmieren angefangen. Die theoretischen Grundlagen dahinter habe ich mir erst im Laufe der Jahre erarbeitet, trotzdem konnte ich bereits komplexe Softwareprojekte realisieren.“

### Lang gehegte Idee

Schon lange schwirrte in seinem Kopf die Idee einer Hochschule herum, die nach genau diesem Konzept junge Menschen ausbildet, damit sie in der zukunftssträchtigen Digital- und Internetbranche als Spezialisten oder auch Gründer professionell arbeiten können. Bachem hat nun das gemacht, was für einen gestandenen Unternehmer am naheliegendsten ist: aus einer Vision Wirklichkeit werden lassen. Er hat zusammen mit Rüth in Berlin die erste private „Programmier-Uni“ gegründet, die am 1. Oktober die ersten Studenten begrüßt hat. Die Rollenverteilung zwischen beiden ist die gleiche wie beim Campus: Bachem ist der Kanzler der Universität und verantwortet das Strategische, Rüth kümmert sich ums Operative. Dazu kommt als dritter Mitgründer und Präsident Manuel Dolderer, den beide vorher ebenfalls kannten.

Finanziert wird die Uni zunächst von gut zwei Dutzend erfolgreichen deutschen Internetunternehmen. „Langfristig wollen wir aber unabhängig sein“, so Bachem. Dann will die Uni allein von den Studentenbeiträgen existieren, die pro Kopf zunächst bei rund 750 Euro pro Monat liegen. Wer sich das nicht leisten kann, hat eine Alternative: Das Studium ist zunächst kostenfrei, dafür zahlt der Absolvent hinterher zehn Jahre lang einen bestimmten Prozentsatz aus seinem Einkommen.

Für den ersten Jahrgang gab es mehr als 2.000 Studienbewerbungen. Gestartet ist



**„Es wird dabei nur sehr wenig Frontalunterricht geben. Die Studenten arbeiten meist in Teams zusammen an Projekten“**

## THOMAS BACHEM

die Uni zunächst mit 88 Studenten, die aus ganz unterschiedlichen Richtungen kommen. „In den kommenden drei Jahren soll die Gesamtzahl auf 500 anwachsen“, gibt Bachem dem Wachstumskurs vor.

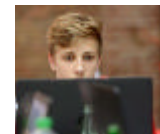
Der Internetunternehmer hat allerdings nicht nur vertrautes Personal an seine Uni geholt, sondern auch das Konzept der Camps übernommen. „Die Art und Weise, wie bei uns gelernt wird, ist anders als an anderen Hochschulen“, beschreibt Bachem das Konzept der Code-Uni, die er als Ergänzung und nicht als Konkurrenz zu herkömmlichen Informatik-Studiengängen sieht. Drei Bachelor-Studiengänge werden angeboten: Software-Engineering, Interaction Design und Product Management. „Es wird dabei nur sehr wenig Frontalunterricht geben. Die Studierenden arbeiten meist in Teams zusammen an Projekten“, beschreibt Bachem das Konzept. „Sie sollen eigene Erfahrungen machen und nicht einfach nur das lernen, was andere zuvor herausgefunden haben.“ Klare Grenzen zwischen den einzelnen Studiengängen gibt es ebenso wenig wie klassische Prüfungen oder Semesterarbeiten. Über die Semester hinweg übernimmt jeder Student einmal die Rolle als Produktmanager, Designer oder Entwickler.

### Interdisziplinärer Ansatz

„Eine moderne, gut funktionierende Software braucht mehr als nur den Code, sie muss alle Facetten erfüllen“, weiß Dolderer. Mit jedem abgeschlossenen Projekt erreichen die Studenten ein bestimmtes Kompetenzlevel, das sie für komplexere Projekte qualifiziert, die die Code-Uni zusammen mit Unternehmen wie etwa Facebook, Trivago oder Zalando konzipiert. „Damit bekommen

die Studenten von Anfang an Kontakt zur Praxis“, so Bachem, der ein kritisches Auge darauf haben will, dass weder Uni noch Studenten als billige Zulieferer missbraucht werden.

Die anfänglich sieben Professoren, die die Code-Uni beschäftigt, arbeiten in erster Linie als Mentoren und Betreuer. Fachwissen wird von externen Dozenten vermittelt. So bleibt es auch in dieser Hinsicht beim bewährten Konzept der Camps: Die Studenten probieren, entwickeln - und scheitern. Und dann helfen die Professoren, damit es weitergeht.



**THOMAS LUTHER** hat während des Studiums selber fleißig mit dem Betriebssystem MS-DOS am PC programmiert. Das Schreiben von Programmen hat er danach eingetauscht gegen das von Artikeln, was im Vergleich finanziell sicherlich nicht die beste Entscheidung war.

@ [redaktion@libmag.de](mailto:redaktion@libmag.de)



Fotogalerie zum Thema









# KAMPF UM DIE KLÜGSTEN KÖPFE

In den nächsten Jahren wird Deutschland die Folgen von Überalterung und Fachkräftemangel immer heftiger spüren. Ohne weitere Zuwanderung gerät der Wohlstand in Gefahr. Doch die geltenden Regeln verhindern, dass die besten Fachleute zu uns kommen und die gesellschaftliche Akzeptanz für mehr Einwanderung wächst. Wie es besser laufen kann, zeigt ein aktuelles Gutachten des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

---

TEXT: HEINZ-JOSEF SIMONS • ILLUSTRATION: JOHN HOLCROFT



Womit machte Harianto Wijaya im Sommer 2000 Schlagzeilen in Deutschland? Die richtige Antwort darauf wäre bei der TV-Show „Wer wird Millionär?“ sicher eine Stange Geld wert. Denn den damals 25-jährigen Indonesier dürften heute nur noch die wenigsten kennen. Was nicht persönlich am fernöstlichen Diplom-Informatiker mit der Traumnote 1,0 an der Ingenieurrelite-Uni Aachen liegt, sondern schlicht an der Tatsache, dass sich die „Green Card“ in Deutschland nicht durchzusetzen vermochte. Wijaya erhielt vor 17 Jahren als erster Ausländer überhaupt die Green Card - ein graues Formblatt mit amtlichem Stempel der Bundesregierung. Bundesarbeitsminister Walter Riester, SPD, ließ es sich damals nicht nehmen, das Papier vor laufenden Kameras höchstpersönlich zu überreichen.

Riester ist Geschichte. Und mit ihm die an sich richtige Idee der deutschen Green Card, die laut Riester „die Tür aufstoßen“ sollte für Computerfachleute aus aller Welt. Gekommen sind indes herzlich wenige Cracks und Nerds. Was auch daran liegt, dass die inzwischen abgeschaffte Green Card ein bürokratischer Dschungel war - allenfalls vergleichbar mit den aberwitzigen administrativen Lasten beim Altersvorsorgeprodukt Riester-Rente.

Durch zahlreiche gesetzliche Initiativen ist die Einwanderung von qualifizierten Arbeitskräften in den vergangenen Jahren immerhin deutlich entbürokratisiert worden. Nach Einschätzung der OECD zählt Deutschland inzwischen sogar zu den Staaten mit dem großzügigsten Einreiseangebot. Indes: All das hat wenig geholfen. Fernab der EU-Binnenmigration stagniert hierzulande die Erwerbsmigration aus Drittstaaten: Weniger als 30.000 IT-Experten, Biochemiker oder Ingenieure aus Osteuropa und vor allem aus Asien entscheiden sich jährlich für einen Job in Deutschland. Das liegt mitunter an Sprachbarrieren - Deutsch ist anders als Englisch eben keine Weltsprache und wird es niemals werden. Aber auch am fehlenden Marketing für Jobs in Deutschland sowie an

der inneren Überzeugung der Deutschen selbst. „Vor dem Hintergrund des demografisch bedingt einsetzenden Fachkräftemangels kann dies zum ökonomischen Risiko werden. Doch dieser Aspekt geht in der öffentlichen Debatte über die Gesamtzuflüsse nahezu unter“, warnen Holger Hinte und Dr. Ulf Rinne, Wissenschaftler am Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn.

Dass Deutschland dringend mehr qualifizierte Einwanderer und ein entsprechendes Einwanderungsgesetz benötigt und was Einwanderung von Asyl unterscheidet, haben die Experten des IZA jetzt in der Studie „Fachkräfte gewinnen: Konzept für eine aktive deutsche Zuwanderungspolitik“ herausgearbeitet. Auftraggeber der Studie ist die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

#### Prinzip Zufall ist zu wenig

Dabei verglichen die Autoren die deutsche Einwanderungspolitik gezielt mit der klassischen Einwanderungsländer wie Kanada, Australien oder Neuseeland, die allesamt auf Basis ausgeklügelter Punktesysteme selbst entscheiden, wer zu ihnen passt und daher ins Land kommen sollte. Auch die europä-

schen Nachbarn Großbritannien oder Österreich sind in Sachen gezielte Einwanderungspolitik den Deutschen laut der Studie weit voraus. „Aktuell dominieren EU-Binnenmigration und humanitäre Einreisen das Wanderungsgeschehen in Deutschland. Statt die Zuwanderung von Arbeitskräften aus nichteuropäischen Staaten aktiv zu gestalten, nehmen wir sie nur passiv hin, ohne Einfluss darauf zu nehmen, wer mit welcher Qualifikation zuwandert. Gesuchte Fachkräfte kommen so nur zufällig ins Land. Eine passgenaue Arbeitsmigration sieht anders aus“, mahnt Autor Hinte.

#### Mehr Einwanderung, mehr Kontrolle

„Unaufgeregtes Selbstbewusstsein im Umgang mit der eigenen Position als Einwanderungsland - das ist es vor allem, was Deutschland aus der Betrachtung der Auswahlverfahren für Zuwanderer in den traditionellen Einwanderungsländern lernen kann“, heißt es in der Studie. Und weiter: „In diesem Zusammenhang ist oft ein vernachlässigter Aspekt von besonderer Bedeutung: Staaten, die über ein Einwanderungsgesetz mit Auswahlkriterien und Quotierungen verfügen, sehen sich in weit geringerem



**Hand drauf:** Als erster Ausländer überhaupt erhielt der indonesische Diplom-Informatiker Harianto Wijaya im Sommer 2000 die „Green Card“ aus den Händen von Bundesarbeitsminister Walter Riester. Doch die hochtrabenden Pläne von Rot-Grün zerplatzten. Die „Green Card“ geriet zum bürokratischen Flop.

Maße mit unkalkulierbaren Schwankungen im Wanderungsgeschehen konfrontiert.“ Das ist die wohl wichtigste Botschaft an die Adresse all jener, die Angst haben, dass mit einem Einwanderungsgesetz alle Dämme brechen würden.

Die Autoren des IZA schlagen eine deutliche Vereinfachung der Zuwanderungswege für Arbeitsmigranten vor - „wohlgemerkt, ohne dass deshalb mehr Zuwanderung die Folge sein muss“. „Wir wollen zwischen akademischer und beruflicher Qualifikation unterscheiden, denn Deutschland braucht nicht nur kluge Köpfe mit Uniabschluss“, sagt Ulf Rinne. Berufsabschluss, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse oder Lebensalter - all diese Faktoren fließen in den letztlichen Punktwert ein. Wer eine hohe Punktzahl erreicht, darf dann im Rahmen einer jährlichen Höchstquote unbefristet nach Deutschland einreisen und arbeiten, beschreiben die Autoren die Vision ihres Einwanderungsgesetzes.

In der Politik stoßen die Forderungen der IZA-Forscher zunehmend auf offene Ohren. Auf ihrem Bundesparteitag votierte die FDP bereits 2015 für ein Einwanderungsgesetz.

„Für die Schweißer, Altenpfleger und Ingenieure, die uns fehlen, brauchen wir ein anderes Einwanderungsgesetz. Diese Menschen müssen sich bei uns auch ohne Arbeitsvertrag in der Tasche bei vorliegender Qualifikation und Sprachkenntnis auf die Suche nach ihrem Glück machen können“, ist FDP-Chef Christian Lindner überzeugt.

Integration erfordert Anpassung

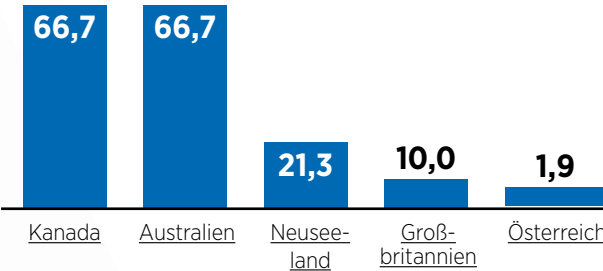
Auch die SPD sowie Bündnis 90/Die Grünen sind offen für ein solches Gesetz. In Baden-Württemberg läuft seit Herbst 2016 bereits das „Punktebasierte Modellprojekt in Baden-Württemberg“, eine Art Testlauf für ein bundesweites Einwanderungsgesetz. Und im Bundesrat liegt seit September 2016 ein Entschließungsantrag für ein Einwanderungsgesetz vor. Selbst die Union, die vor dem Thema Arbeitsmigration lange die Au-

gen verschlossen hatte, bekannte sich in ihrem Wahlprogramm zur Notwendigkeit eines „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetzes“. Doch nach Meinung von Christian Lindner müssen nicht nur Gesetzestexte angepackt werden. Auch im Kopf muss sich etwas ändern: „Uns fehlt die Identität eines Einwanderungslandes. Wir selbst müssen ein stärkeres Gefühl für unsere Werte und Prinzipien entwickeln, damit andere Maßnahmen nehmen können. Kanada macht uns auch etwas vor bei der Entschiedenheit, mit der von den Zuwanderern Integration und Anpassung gefordert wird.“

HEINZ-JOSEF SIMONS ist in Eschweiler, im Dreiländereck Deutschland, Niederlande und Belgien, groß geworden. Die Vorzüge der Einwanderung kennt er so seit der Kindheit. @ [redaktion@libmag.de](mailto:redaktion@libmag.de)

Experten kommen vor allem aus Übersee

Prozentanteil der Fachkräfte an der Gesamtmigration im Jahr 2015 (ohne Asyl; OECD-Zahlen)



Erwerbsmigration aus Drittstaaten (Einreise im jeweiligen Jahr)

|                                     | 2010   | 2011   | 2012   | 2013   | 2014   | 2015   |
|-------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Erwerbsmigration gesamt             | 29.768 | 38.083 | 38.745 | 33.648 | 37.283 | 38.836 |
| davon qualifizierte Fachkräfte      | 19.359 | 25.946 | 27.349 | 23.997 | 27.102 | 28.008 |
| Akademische Berufe                  | 3.336  | 6.536  | 6.580  | 3.669  | 4.182  | 4.952  |
| - IKT-Fachkräfte*                   | 2.347  | 2.021  | 1.089  | 291    | -      | -      |
| - Leitende Angestellte/Spezialisten | 2.118  | 2.230  | 2.167  | 2.435  | 1.515  | 1.205  |
| - Personalaustausch                 | 6.143  | 7.509  | 7.538  | 7.916  | 9.351  | 9.111  |
| - Sonstige Fachkräfte               | 3.945  | 5.616  | 5.817  | 2.874  | 4.467  | 3.716  |
| Hochqualifizierte                   | 219    | 370    | 244    | 27     | 31     | 31     |
| Blaue Karte                         | -      | -      | 2.190  | 4.651  | 5.378  | 6.792  |
| Forschung                           | 211    | 317    | 366    | 444    | 397    | 409    |
| Selbstständige Tätigkeit            | 1.040  | 1.347  | 1.358  | 1.690  | 1.781  | 1.782  |

\* Die Regelung des bisherigen §27 Abs. 1 Nr. 2 Beschäftigungsverordnung alt (IKT-Fachkräfte) galt nur bis 30. Juni 2013, IT-Fachkräfte können heute unter anderem die Blaue Karte EU erhalten, Quelle: BAMF (2011–2016); Daten des Ausländerzentralregisters



# NACH DER WAHL

## ist vor der Wahl

Die Bundestagswahl ist vorbei. Ihr Ergebnis ist eine Herausforderung für die politischen Parteien. Aber nicht nur für sie. Wer nicht will, dass alle noch einmal wählen sollen, weil dem einen oder anderen das Wahlergebnis nicht passt, muss bereit sein, sich auf neue Konstellationen einzulassen. Mindestens muss er lernen, mit ihnen umzugehen. Deshalb ist es vernünftig, in Koalitionsverhandlungen zwischen drei Parteien, eigentlich vier Parteien, wenn man ein „Bayern first“ heraushören will, einzutreten. Leicht ist es nicht, aber unternommen werden muss es. Ob es am Ende gelingt, steht einstweilen dahin.

Es stoßen nicht nur Parteiprogramme aufeinander, beseelt von Überzeugungen, aber bisweilen auch von einem Typus von Funktionen in fensterlosen Räumen erarbeitet, in der Hoffnung, dass ja der eigene Gedanke recht behält. Manche Sozialdemokraten können ein Lied davon singen. Die Grünen sind bis heute davon auch nicht gerade verschont geblieben. Die FDP wird von dem Talent beflügelt, sich aus oft ganz unvorteilhaften Lagen immer wieder befreien zu können. Die CDU/CSU scheint von großen programmatischen Würfeln entfernt. Wenn die Debatte über die Obergrenze nicht gewesen wäre, programmatisch hätte es ziemlich mau ausgesehen. Konservative haben die Neigung, nie rechtzeitig aus eigenem Antrieb einen Schritt nach vorn zu wagen, und geraten oft in die Gefahr, dann genau das nicht bewahren zu können, was ihnen wirklich wichtig ist. Man muss jetzt detailliert verhandeln, aber eine Aneinanderreihung von Details bringt nichts. Auf Pepita kann man nicht Schach spielen. Auf was kommt es wirklich an? Was muss im Blick behalten werden?

Nach dem Fall der Mauer waren viele davon überzeugt, dass Freiheit, Rechtsstaat und Marktwirtschaft den Wettbewerb der Systeme gewonnen hätten. Weit und breit gab es keine Erfolg versprechende Alternative. Die Geschichte schien eine Art von freiheitlichem Finale erreicht zu haben. So einfach ist alles aber dann doch nicht gekommen. Heute dringen weltweit eher autoritäre Systeme vor. Die Dynamik des Marktes, die Flut der Neuerungen macht vielen Menschen zu schaffen. Es gibt genügend Bestseller, richtige Pamphlete, die anklagen. Es gibt Chaospropheten und Bescheidwisser. Es gibt Biedermeiersozialisten, die von einem einfachen Konzept über-

zeugt sind, dass es nämlich früher einmal besser war und die Reichen schuld sind. Es gibt Populisten mit der Berufung auf das Volk, den Generalverdacht gegen alles Bestehende, den Ruf nach Weggehen. Vieles ist intellektuell gewaltig untertourig, wird aber mit Unerbittlichkeit vorgetragen.

Es gilt, eine Regierung zustande zu bringen, die wieder ein wirkliches Bewusstsein für die wichtigen soziokulturellen Grundlagen für Freiheit und Wohlstand beherzigt. Man hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten mit aller Nachhaltigkeit der Pflege des Waldes gewidmet, gesundes Essen propagiert, ganze Milieus haben ihre Eitelkeiten gepflegt. Freiheit und Wohlstand hielt man für verfassungsrechtlich gesichert. Es gibt aber keine Nichtverschlechterungsgarantie. Man fragt sich unwillkürlich, was denn passieren würde, wenn die gegenwärtig doch ganz erfolgreiche deutsche Wirtschaft

## Die deutsche Außenpolitik muss ihren kosmopolitischen Charakter bewahren.

nicht mehr so automatisch glattlaufen würde. Die Qualität von Politik und die Qualität einer Gesellschaft, ihr Wertebewusstsein und ihr Stehvermögen zeigen sich gerade erst dann, wenn sie in Schwierigkeiten gerät. Wenn unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern solche grundlegenden Sachverhalte nicht mehr vermittelbar erscheinen und rechtspopulistische Bewegungen das Parteienspektrum bevölkern und irrationales Politikverhalten fördern, dann entsteht ein schwaches Bewusstsein der Verantwortung einer Gesellschaft für sich selbst. Denn noch nie sind die Grundlagen, auf denen und von denen wir leben, so in Zweifel gezogen worden wie gegenwärtig. Koalitionsverhandlungen brauchen Mut, Tatkraft und ein Bewusstsein für große Aufgaben. Sonst geht es schief.

Wir können nicht aus unserem Leben und unserer Zeit springen. Freiheit ist unteilbar. Wer die sexuelle Befreiung der Gesellschaft vorangetrieben hat, wer sich für fremde Kulturen, Ethnien und Re-



ligionen einsetzt, wer die Abtreibung liberalisiert hat, wer gleichgeschlechtlichen Partnerschaften die Ehe für alle ermöglicht hat, der muss wissen, dass sich die emanzipatorische Modernisierung nicht halbieren lässt. Es wird nichts werden mit einem kulturell-gesellschaftlichen Bereich der Emanzipation, in der der Mensch zu sich selbst kommen soll, und misstrauischer Beobachtung der Realitäten der Ökonomie. Selektive Modernität, die Trennung zwischen den beiden Sphären, geht schief. Sie ist auch unaufrichtig. Sie erwartet nämlich von dem einen, dass er die Substanzmittel erarbeitet, ohne die sonst geradezu nichts in den öffentlichen Arenen der Demokratie verteilt werden kann. Wenn Ineffizienz die allgemeine Produktivität vermindert und die Verhältnissverhältnisse verschlechtert, dann ist die soziale Sicherheit das erste Opfer, schrieb Wolfgang Kersting. Sie ist nämlich nicht von einer Verteilungsmaschinerie allein zu sichern. Sie bedarf einer Beschäftigungspolitik, einer Bildungspolitik, eigener Leistungsbereitschaft.

Wer wenig weiß, muss viel glauben. Es liegt nicht allein an der Zuständigkeit der Länder für das Bildungswesen. Wir sollten uns umschauen. Die skandinavischen Länder zeigen, dass dort ein integraler Bestandteil der Politik zur sozialen Sicherheit Bildungspolitik ist. Ihre Tradition ist darauf ausgerichtet, sowohl in individuelle Bildung als auch in die Absicherung gegen Risiken eines Lebenslaufs zu investieren. Sie geben ihren Bürgerinnen und Bürgern ein stärkeres Potenzial für die Entfaltung eigener Möglichkeiten (Hurrelmann). Für sie ist Statuserwerb gleichzeitig ein hohes Niveau garantierter Lebensqualität. Verglichen mit dieser Grundeinstellung, hat Deutschland seinen Schwerpunkt eindeutig in der Staatssicherung gesetzt. Das ist eine wenig innovative Wohlfahrtsauffassung und scheint als Zukunftskonzept nicht besonders tragfähig zu sein.

Es geht nicht allein um Schulformen. Auch nicht allein um Digitalisierung. Sie ist aber eben nicht allein Mittel im Unterricht. Sie ist mehr als das. Sie wird unser Leben mitbestimmen und man muss lernen, mit ihr umzugehen. Die Qualität des Unterrichts schließt eben auch Lebenstüchtigkeit ein. Und gleichzeitig auch Begegnung mit unserem Wissen. Das eine gegen das andere herablassend auszuspielen, wäre falsch. Die zivilisatorische Mitgift von Elternhäusern ist mitentscheidend. Leistungs- und Lernbereitschaft sind keine Körperverletzung.

Sie sind Grundlage eigener Autonomie, eigener Individualität und eigenen Selbstvertrauens. Es muss Interesse geweckt, es muss Frustrationskontrolle gelernt werden, Durchhaltefähigkeit und Wissen. Wer die soziale Relevanz des Lernens begreift, dem macht es Freude. Wer das nicht vermitteln kann, der sollte den Lehrberuf meiden. Wer diejenigen Lehrerinnen und Lehrer, die es können, als Eltern nicht unterstützt, macht einen schweren Fehler.

Deutschland ist wie kein anderes Land auf eine funktionierende Europäische Union und auf ein transatlantisches Bündnis angewiesen. Außenpolitik ist nicht einfacher geworden, um an den Beginn dieses Beitrags nach dem Fall der Berliner Mauer zurückzukommen.

Ein dummer Junge in Amerika, imperiale Nostalgie in Russland, Selbstüberschätzung im Vereinigten Königreich, Populismus im Gefolge des Flurschadens des Sozialismus, ein Poltergeist am Bosphorus, ein Verrückter in Nordkorea und Newcomer im internationalen Geschäft, die sich überschätzen, das alles muss mit einer wertegeleiteten deutschen Außenpolitik bewältigt werden.

Die deutsche Außenpolitik muss ihren kosmopolitischen Charakter bewahren, sie muss Bündnisfähigkeit sichern, sie muss selbstvertrauend, zurückhaltend und ohne Megafon deutlich und erkennbar sein. Unsere Gesprächspartner müssen wissen, dass sie unsere Gesprächspartner sind und nicht die eines Niemandslandes. Die Welt war eben noch nie einfach und sie ist es auch jetzt nicht. Sie kann sich nicht auf fein ziselierte Kommunikés bei Staatsbesuchen beschränken, die Bibelforscher noch in ihrer wirklichen Bedeutung dann immer entziffern müssen. Wir sollten uns nicht größer machen, als wir sind, aber auch nicht kleiner. Wir sollten mit unserem französischen Nachbarn in Europa einen neuen Impuls setzen, über den Atlantik Selbstvertrauen ausstrahlen. Niemand wird sich deshalb wie in einem Magnetfeld automatisch an neuen Gestaltungsmöglichkeiten orientieren, aber sie werden mit Sicherheit zur Kenntnis genommen, wenn sie dazu dienen, einen Rahmen zu finden, in dem Freiheit gedeihen kann. Erforderlich ist ein Eindämmen fundamentalistischer, autoritärer, aggressiver, menschenverachtender Politik, eine glaubhafte Strategie zur Vermeidung bewaffneter Konflikte, die kontrollierte Nutzung von Ressourcen und die Bewahrung der Integrität von Menschen.

---

**DR. WOLFGANG GERHARDT** ist  
Vorsitzender des Vorstands  
der Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit und  
Herausgeber von *liberal*.  
@ [redaktion@libmag.de](mailto:redaktion@libmag.de)



# Noch zu haben oder schon verheiratet? Über die Freiheit und was man dagegen tun kann.

TEXT: MATTHIAS MACHWERK • ILLUSTRATION: JINDRICH NOVOTNY

**Unser ganzes Leben wägen wir ab zwischen Freiheit und Sicherheit.** Sparbuch oder Aktien? Selbstständig oder fest angestellt – jeder sucht seinen Weg und stellt sich Fragen wie: Bringt ein eigenes Haus mehr Freiheit? Gewinne ich mit der Ehe mehr Sicherheit? Und wie viel Freiheit verliert man dabei? Die Frage ist berechtigt, denn Ehepartner unterliegen oft einer regelmäßigen Auskunftspflicht: „Wo warst du?“, „Wo bist du?“, „Und warum antwortest du nicht?“ Hat was von Gefängnis. Aber gut, da ist man ja auch sicher. Das Gefühl der Sicherheit ist großartig, aber trügerisch. Weil: Menschen und Gefühle ändern sich über die Zeit. Und genau das ist das Problem der heutigen Ehe. Man verspricht einander, gemeinsam durchs Leben zu gehen, und staunt dann, wie lang so ein Leben werden kann.

**Wäre ich nur Comedian, wäre ich beim Thema Ehe geblieben.** Als Kabarettist und Gutbürger möchte ich mich aber auch ernsthafter zum Thema Freiheit äußern. Neulich habe ich mitbekommen, dass junge, intelligente, gut verdienende Menschen meinten, Hitler wäre gut gewesen. Dieselben jungen Leute gehen regelmäßig zum Italiener, Türken oder Inder. Dieselben Leute machen Wellnessurlaub auf den Malediven. Dieselben Leute brüllen „Volksverräter“ oder „Lügenpresse“, um dann auf Facebook den russischen Propagandasender RT Deutschland zu liken.

**Was ist mit diesen Menschen?** Wie soll man ihnen den Wert von Freiheit vermitteln? Man könnte ihnen sagen, dass sie Äußerungen wie „Volksverräter“ oder „Lügenpresse“ unter Hitler nur einmal machen würden. Man könnte ihnen klarmachen, dass ihr hohes Einkommen auch etwas mit Demokratie und Freiheit zu tun hat. Man könnte darauf hinweisen, dass man einem Großteil der Menschheit das Wort „Urlaub“ erst erklären müsse. Den jungen, intelligenten Wohlstandsdeutschen muss man aber nichts erklären. Das können sie alles selbst erlesen. Noch nie gab es so viele Informationsquellen. Noch nie gab es so viel Wissen. Und noch nie ging es uns so gut und noch nie gab es so viel Ablehnung und Misstrauen. Warum? Neulich habe ich gelesen, wenn wir satt sind, hören wir schlechter. Mediziner nennen das „Postprandiale Müdigkeit“. Bei Sättigung sind wir weniger aufmerksam. Ein satter Bauch will nicht viel wissen.

**Genau deshalb hat der Populismus leichtes Spiel.** Er vereinfacht komplizierte Sachverhalte so lange, bis sich der Wahrheitsgehalt auf ein einfaches, leicht verdauliches Maß reduziert. Freiheit zu verstehen ist nicht so einfach. Sie hat was von Sauerstoff. Erst wenn er fehlt, merkt man, welche Bedeutung er hat. Warum müssen wir immer erst etwas verlieren, um es schätzen zu können? Als Comedian würde ich jetzt einwerfen: Stimmt! Wie viele schwärmen erst dann von ihrer Beziehung, nachdem sie gescheitert ist. Das ist tragisch! Studien haben nämlich herausgefunden: Verheiratete leben gesünder. Weil sie sich, so die Forscher, gegenseitig pflegen. Man könnte also sagen: Mit dem „Ja-wort“ hat man die erste Pflegestufe erreicht.



**Matthias Machwerk** ist Autor, Kabarettist und Comedian. Der frühere Politikwissenschaftler verbindet in seinen Live-Programmen knalligen Humor mit anspruchsvoller Satire. Mit seinen aktuellen Programmen „Mach Dich frei, Wir müssen reden!“ und seinem Best-of-Programm „Frauen sind schärfer, als Mann glaubt!“ tourt er gerade erfolgreich durch die Bundesrepublik.

**Weitere Infos und Tourdaten:**  
[www.matthias-machwerk.de](http://www.matthias-machwerk.de)

Foto: Presse



„LIBERAL BEKENNT  
SICH ZU FREIHEIT,  
FAIRNESS UND  
FORTSCHRITT.“



**WOLFGANG GERHARDT**  
Herausgeber liberal

**liberal** bittet Freigeister  
um ihre Meinung.

**liberal** ist laut Leserpost ein  
„intelligentes und mit spitzer Feder  
geschriebenes, exquisites Magazin“.

**liberal** wird herausgegeben von  
der Friedrich-Naumann-Stiftung für  
die Freiheit.

**BESTELLUNG AN:** Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit • **liberal**-Aboservice  
Postfach 11 64 • 53729 Sankt Augustin  
per Fax: 030/69088102 | per E-Mail: [service@freiheit.org](mailto:service@freiheit.org)

**Online-Bestellung:** <https://shop.freiheit.org/#Liberal/> oder QR-Code scannen



☐ Ich hätte gerne ein **Gratis-Abo** (inkl. Porto und Versand)

Ich bin damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden, um von der *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit* auf weitere Aktivitäten aufmerksam gemacht und über ihre Arbeit informiert zu werden. Wenn diese Mitteilungen nicht mehr gewünscht sind, wird die Stiftung dies nach entsprechender Mitteilung beachten (§ 28, Abs. 4 BDSG)

Vorname Name \_\_\_\_\_

Straße Nr. \_\_\_\_\_

PLZ Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_



**Kostenfrei abonnieren**

**Erscheint 6x im Jahr**

**Auch als kostenfreie APP**



# Profitieren Sie von über 40 Jahren Expertise

Das Jahresende nutzen viele, um Projekte abzuschließen und liegen gebliebene Dinge zu sortieren. Das ist auch ein guter Anlass, um einen Blick auf die eigenen Finanzen zu werfen und zu prüfen, ob alles noch auf dem neuesten Stand ist.

Ein »Finanzcheck« ist wichtig, denn die persönlichen Lebensumstände sowie die finanziellen Ziele werden oft auch kurzfristig durch rechtliche oder private Veränderungen beeinflusst. Viele wissen nicht, wie früh man die private Vorsorge und Absicherung angehen sollte und worauf es dabei ankommt. Auch die Frage nach dem richtigen Versicherungsschutz stellt sich häufig. Sie ist nicht immer leicht zu beantworten, denn die richtige Absicherung hängt vom privaten und beruflichen Umfeld ab und ist manchmal erst auf den zweiten Blick zu überschauen.



Die DVAG-Finanzexperten sind für ihre Kunden da – in allen Geldfragen.



## Persönlicher Finanzcoach

In Finanzfragen ist daher ein kompetenter Ansprechpartner unverzichtbar. Bei der Deutschen Vermögensberatung steht den Kunden – egal ob es um Altersvorsorge, Geldanlage oder Finanzierung geht – ein persönlicher Berater zur Seite. Die DVAG-Experten wissen: »Jeder Mensch hat andere Wünsche. Es ist uns wichtig, unseren Kunden maßgeschneiderte Lösungen anzubieten, die eben genau auf diese spezifischen Bedürfnisse abgestimmt sind«. Deshalb wird zu Beginn der Beratung immer eine ausführliche Analyse der finanziellen Ziele, Wünsche und Möglichkeiten des Kunden durchgeführt. Darauf aufbauend entwickeln die Vermögensberater langfristige Konzepte.

## Ausgezeichnete Beratung

Für den hervorragenden Service und die exzellenten Karrierechancen wird das Unternehmen seit Jahren von unabhängigen Rating-Agenturen mit Bestnoten ausgezeichnet. Bereits seit mehr als vier Jahrzehnten sind die DVAG-Vermögensberater erster Ansprechpartner in allen finanziellen Fragen für ihre Kunden. Gegründet wurde das Familienunternehmen 1975 von Prof. Dr. Reinfried Pohl in Frankfurt am Main. Seit 2014 führt Andreas Pohl die Deutsche Vermögensberatung erfolgreich in zweiter Generation. Mittlerweile vertrauen der größten eigenständigen Finanzberatung Deutschlands rund sechs Millionen Menschen ihre Finanzen an. Sie werden bundesweit von über 3.400 Direktionen und Geschäftsstellen betreut.



**Deutsche  
Vermögensberatung**

Vermögensaufbau für jeden!

Wer mehr über die DVAG erfahren möchte, findet Informationen unter [www.dvag.de](http://www.dvag.de)